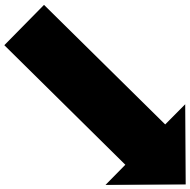
Landeskriminalamt
Nordrhein-Westfalen

Wirtschaftskriminalität

Lagebild Nordrhein-Westfalen 2010

Kriminalitätsentwicklung im Überblick

Wirtschaftskriminalität



	2009	2010	in %
Fälle Gesamt	**20 735**	**13 413**	**- 35,3**
1 Wirtschaftskriminalität bei Betrug	14 431	7 464	- 48,3
2 Insolvenzstraftaten	2 332	2 588	+ 11,0
3 Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich	2 428	2 121	- 12,6
4 Wettbewerbsdelikte	414	336	- 18,8
5 Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen	1 500	1 690	+ 12,7
6 Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen	2 123	1 907	- 10,2
Schäden Gesamt in Euro	730 639 730	1 492 685 632	+ 104,3
1 Wirtschaftskriminalität bei Betrug	206 269 994	790 163 959	+ 283,1
2 Insolvenzstraftaten	306 592 702	603 554 873	+ 96,9
3 Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich	80 853 059	357 088 211	+ 341,7
4 Wettbewerbsdelikte	723 056	3 045 554	+ 321,2
5 Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen	27 073 377	13 780 201	- 49,1
6 Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen	46 837 398	119 541 671	+ 155,2

Inhaltsverzeichnis Seite

1 Lagedarstellung ... 3
1.1 Vorbemerkungen ... 3
1.2 Kriminalitätsentwicklung ... 3
1.3 Wirtschaftskriminalität bei Betrug ... 4
1.4 Insolvenzstraftaten ... 5
1.5 Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich ... 6
1.6 Wettbewerbsdelikte ... 6
1.7 Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen ... 7
1.8 Betrug und Untreue bei Beteiligungen und Kapitalanlagen ... 8
1.9 Tatmittel Internet ... 8

2 Maßnahmen ... 9
2.1 Repressive Maßnahmen ... 9
2.2 Präventive Maßnahmen ... 9

3 Anlagen ... 11
3.1 Diagramme und Tabellen ... 11
3.2 Datenbasis ... 27
3.3 Definitionen ... 27
3.4 Ansprechpartner/Ergänzende Hinweise ... 31

1 Lagedarstellung

1.1 Vorbemerkungen

Das Lagebild „Wirtschaftskriminalität“ soll polizeilichen Führungskräften und politischen Entscheidungsträgern frühzeitig und prägnant Kerninformationen bereitstellen. Zugleich bietet es interessierten Bürgern und Medienvertretern einen Überblick zur Entwicklung der Wirtschaftskriminalität. Grundlage sind die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen und der zentralen Auswertung des „Sondermeldedienstes Wirtschaftskriminalität“ für Nordrhein-Westfalen.

Die Erfassungssystematik der als Wirtschaftskriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik gespeicherten Einzeldelikte sowie die sich daraus ergebenden Überschneidungen in den sechs Deliktsbereichen (Summenschlüssel der Polizeilichen Kriminalstatistik) ist aus Ziffer 3.2 – Datenbasis ersichtlich.

1.2 Kriminalitätsentwicklung

Die Entwicklung der **Wirtschaftskriminalität in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010** lässt sich mit diesen Aussagen zusammenfassen:

- Nach dem starken Anstieg der Fälle Wirtschaftskriminalität NRW in 2009 um 96,8 % verzeichnete die Polizei in 2010 einen Rückgang der erfassten Straftaten um 35,3 % auf 13 413 (Vorjahr: 20 735[1]). Ursächlich hierfür waren Umfangsverfahren mit vielen Einzeldelikten, die die Statistik 2009 dominierten.
- 2010 bearbeiteten die Kreispolizeibehörden und das Landeskriminalamt NRW insgesamt 1 442 801 (1 458 438) Straftaten. Die Straftaten der Wirtschaftskriminalität haben daran einen Anteil von 0,93 % (1,42 %)
- Wirtschaftsstraftaten sind mit einem Gesamtschaden von 1 492 685 632 € (731 Mio. €) in die Statistik eingegangen, was einem Anstieg um 104,3 % (34,03 %) entspricht. Damit verzeichnete die Polizei im Berichtsjahr zum ersten Mal seit 2005 einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Delikte Wirtschaftskriminalität von 61,3 % (43,34 %) am Gesamtschaden aller Straftaten, der mit einer Höhe von 2 436 669 871 € (1 685 862 560 €) erfasst wurde. Lag der durchschnittliche Schaden pro Tathandlung im Bereich der Wirtschaftskriminalität 2009 noch bei 35 237 €, betrug er 2010 111 286 €. Einzelne Strafverfahren mit außergewöhnlich hohen Schadenssummen trugen erheblich zu diesem Ergebnis bei (siehe insbesondere Ziffern 1.3 und 1.5).
- 2010 verursachten lediglich 7 229 (7 532) Wirtschaftsstraftäter die enorm hohe Schadenssumme. Insgesamt sind 494 955 Tatverdächtige in der PKS erfasst worden. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Tatverdächtigen liegt der Anteil der erfassten Tatverdächtigen der Wirtschaftskriminalität damit wie im Vorjahr bei 1,5 %. Im Durchschnitt verursachte jeder der erfassten Wirtschaftsstraftäter einen Schaden von 206 486 € (97 004 €). Zurückzuführen ist dieser Anstieg hauptsächlich auf die unter Ziffer 1.3 und 1.5 dargestellten Verfahren des Landeskriminalamtes sowie des Polizeipräsidiums Bielefeld. In diesen Verfahren waren wenige erfasste Tatverdächtige für einen überdurchschnittlich hohen Schaden verantwortlich.
- Die Polizeibehörden des Landes erzielten im Bereich der Wirtschaftskriminalität für 2010 eine Aufklärungsquote von 91,98 % (96,61 %). Damit konnten 12 337 von den insgesamt 13 413 als Wirtschaftskriminalität definierten Straftaten erfolgreich aufgeklärt werden. Der Rückgang der Aufklärungsquote im Vergleich zum Vorjahr ist nicht auf einzelne Delikte beschränkt, sondern gleichmäßig auf die sechs Deliktsbereiche der Wirtschaftskriminalität verteilt. Auf Basis des statistischen Datenmaterials lässt sich eine Begründung für den Rückgang der Aufklärungsquote nicht erkennen.
- Mittels einer neu entwickelten Auswertesoftware ist es für das Berichtsjahr 2010 erstmals möglich, eine kombinierte Auswertung Tatmittel Internet/Wirtschaftskriminalität für alle Delikte der Wirtschaftskriminalität und nicht nur für Deliktsbereiche zu erstellen. Bisher war dies nur für die auf Seite eins genannten sechs Deliktsbereiche möglich, ohne die jeweils darunter zu fassenden einzelnen Delikte bewerten zu können. Nunmehr können alle betroffenen Einzeldelikte einbezogen werden. Der tendenzielle Anstieg der Straftaten, die über das Internet begangen werden, ist vor allem im Deliktsbereich Wirtschaftskriminalität bei Betrug auf einige

[1] Die im Lagebild 2009 dargestellten Fälle Wirtschaftskriminalität waren um 118 Fälle (Tankbetrug 7, Betrug mittels rechtswidrig erlangter Debitkarten mit PIN 14, Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze auf dem Umweltsektor 97) bereinigt.

wenige Delikte zurückzuführen (siehe Ziffer 1.9). Seit 2009 ist ein Rückgang der Aufklärungsquote beim Tatmittel Internet festzustellen. Lag die Aufklärungsquote 2009 noch bei 74,13 %, wurden 2010 nur noch 71,93% der Delikte aufgeklärt. Eine Erklärung für den Rückgang der Aufklärungsquote ist auf Basis des statistischen Datenmaterials nicht möglich.

- Besonderheit
  Die diesjährige Darstellung der Lage im Bereich der Wirtschaftskriminalität zeigt in beinahe allen Deliktsbereichen hohe Anstiege des registrierten Schadens. Temporär herausragende Anstiege der erfassten Schadenssummen waren auch in der Vergangenheit zu registrieren (siehe Diagramm „Entwicklung der Wirtschaftskriminalität und Gesamtkriminalität“ zu den Jahren 2003 und 2004 unter Ziffer 3.1). Aus der diesjährigen Ausschärfung lässt sich kein neuer Trend ableiten. Dennoch ist im Zehnjahresvergleich zu erkennen, dass die Schadenssummen im Bereich der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Kriminalität zunehmend steigen.

1.3 Wirtschaftskriminalität bei Betrug

Im Berichtsjahr hat die Polizei 7 464 (Vorjahr: 14 431) als Betrugsdelikte klassifizierte Wirtschaftsstraftaten bearbeitet. Der Anteil dieses Deliktsbereiches beträgt 55,7 % (69,6 %) an den insgesamt als Wirtschaftskriminalität erfassten Delikten. Gegenüber dem Vorjahr ist damit ein Rückgang der Betrugsdelikte um 48,3 % (+ 155,10 %) zu verzeichnen. Dieser lässt sich durch ein 7 085 Straftaten umfassendes Umfangsverfahren des Polizeipräsidiums Bonn aus dem Jahr 2009 erklären, das die Vorjahresstatistik überdurchschnittlich ansteigen ließ. Unter Beachtung des zehnjährigen Vergleichzeitraumes entspricht die Anzahl der statistisch erfassten Straftaten in diesem Deliktsbereich dem durchschnittlichen Niveau. Bemerkenswert ist der immense Anstieg des gemeldeten Schadens, der mit 790 Mio. € um 283 % über dem Vorjahreswert von 206 Mio. € liegt. Dies entspricht einem Anstieg um 584 Mio. €. Die Veränderung der Schadenssumme ist wesentlich auf den Abschluss weniger, nachfolgend näher dargestellter Umfangsverfahren zurückzuführen:

- Das Landeskriminalamt NRW ermittelte wegen des Verdachts des Betruges gegen mehrere Verantwortliche zusammengeschlossener Schlachtbetriebe und erfasste für den Zeitraum von 2004 – 2007 einen Schaden in Höhe von 312 Mio. €. Die zuständige Staatsanwaltschaft beantragte eine Anklage wegen Verdacht des Betruges, das zuständige Land- und Oberlandesgericht sahen den Tatbestand des Betruges nicht erfüllt, eine richterliche Entscheidung steht noch aus.
- Das Polizeipräsidium Düsseldorf führte ein Verfahren wegen Betruges mit einem Schaden von 45 Mio. €. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, 2007 den Entschluss gefasst haben, fiktive Forderungen zu verkaufen. Sie sollen alleine zum Zwecke der Forderungsinhaberschaft eine separate Firma gegründet und Forderungskäufer über das Vorhandensein von Verträgen getäuscht haben. Notwendige Rückzahlungen an die Forderungskäufer deckten sie in diesem Schneeballsystem über den Verkauf noch größerer Forderungssummen. Den Differenzbetrag wollten sie als Gewinn einstreichen.
- In 1 196 Fällen ermittelte das Polizeipräsidium Mönchengladbach erfolgreich gegen Beschuldigte wegen Verdachts des Anlagebetruges. Wechselnde Telefonverkäufer brachten 1 200 Anleger dazu, über 5 000 Mal in Hoch-Risiko-Geschäfte zu investieren. Insgesamt entstand durch die Tathandlungen ein Schaden von mehr als 18 Mio. €. Das Kapital der Anleger wurde durch Provisions- und Gebührenschneiderei (Churning) aufgebraucht. Dabei führten die Täter eine Vielzahl von Optionsgeschäften mit Finanzterminprodukten, die nur die Provisionserlangung zum Ziel hatten. Die dadurch entstandenen Verluste erklärten sie mit den üblichen Kursschwankungen, um die Kunden von einem Verdacht abzulenken. Durch umfangreiche Ermittlungen, in deren Rahmen 2 000 Kundenakten und Geschäftsunterlagen sichergestellt wurden, konnte die Polizei Mönchengladbach weitere Geschädigte feststellen und informieren. Die Ermittler sicherten im Rahmen von vermögensabschöpfenden Maßnahmen zudem große Vermögenswerte, unter denen sich auch hochwertige Kunstobjekte aus dem Eigentum der Täter befanden.
- Rund 30 % Anteil am Gesamtschaden im Bereich Wirtschaftskriminalität bei Betrug entfällt mit 234 Mio. € auf ein Verfahren des Polizeipräsidiums Bielefeld im Zusammenhang mit Kreditbetrug und Insolvenzverschleppung. Da der Kreditbetrug statistisch ebenfalls unter Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Anlage- und Finanzdelikten geführt wird und dieses Verfahren nahezu ausschließlich für den statistischen Anstieg der Schadenssumme in diesem Deliktsbereich verantwortlich ist, erfolgen nähere Ausführungen unter Ziffer 1.5.
- Weitere 60,7 Mio. € sind einer Fehlberechnung zuzuschreiben, die unter Ziffer 1.8 näher dargestellt wird.

Im Bereich des Anlagebetrugs ist eine Entwicklung festzustellen, die weiterer, polizeilicher Aufmerksamkeit bedarf. Während die Fallzahlen insgesamt rückläufig sind, steigt der Schaden. Dies deutet auf tendenziell höhere Anlagesummen je Tathandlung hin. Zudem fielen aufgrund der Finanzkrise im Jahr 2008 die Aktienkurse über einen längeren Zeitraum. Im Februar 2009 war eine Erholung des Marktes erkennbar. Die aktuell erzielten Kursanstiege des DAX liegen weiterhin unter den Werten, die vor der Finanzkrise erreicht worden waren[2]. Dies erleichtert Tätern die Verschleierung von illegal herbeigeführten Vermögensverlusten aus Anlagebetrugsdelikten, die vor der Finanzkrise begangen wurden und verzögert die Aufdeckung. Es ist nicht auszuschließen, dass viele Anleger bei wieder ausreichend hohen Aktienkursen die Auszahlung ihrer vermeintlichen Gewinne fordern und erst infolge dessen feststellen, dass sie betrogen wurden. Die aufmerksame Beobachtung der Entwicklung eigener Anlageprodukte durch den Anleger ist daher für das Erkennen einer Straftat und eine frühzeitige Einschaltung polizeilicher Ermittlungen unerlässlich.

1.4 Insolvenzstraftaten

Für das Jahr 2010 meldet der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen erneut einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. 2009 hatten noch 10 895 Unternehmen einen Insolvenzantrag gestellt, 2010 waren es 11 521, was einem Anstieg um 5,7 % entspricht. Einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen hat der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen erst zum Jahresende 2010 festgestellt.[3]
Ebenso verzeichnete die Polizei für 2010 einen Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Insolvenzdelikte. Mit 2 588 (2 332) gemeldeten Straftaten sind die Insolvenzdelikte aus polizeilicher Sicht um 11 % (Vorjahr: 2,4 %) gestiegen. Im Bereich des Schadens verzeichnete die Polizei sogar einen Anstieg um 96,9 % auf 603,6 Mio. € (306,6 Mio. €). Neben einem allgemeinen Anstieg des Schadens um knapp 150 Mio. €, der sich nicht auf einzelne Umfangsverfahren zurückführen lässt, sind hauptsächlich die Abschlüsse von Verfahren der Polizeipräsidien Köln und Düsseldorf für den Anstieg des polizeilich erfassten Schadens bei den Insolvenzdelikten verantwortlich:

- Die Kölner Staatsanwaltschaft hatte das Polizeipräsidium Köln mit der Ermittlung von Beschuldigten in einem Insolvenz- und Bankrottverfahren beauftragt. Die Geschäftsführer einer ortsansässigen Firma sollen nach Feststellung der Zahlungsunfähigkeit diverse Rechte an ihre im Ausland niedergelassene Tochterfirma abgetreten und in gleichem Zuge auf die daraus resultierenden Forderungen verzichtet haben. Es bestand daher der Verdacht einer Bankrottstraftat, da die Beschuldigten durch ihre Handlung Vermögensbestandteile dem Firmenvermögen und somit der Insolvenzmasse entzogen haben sollen. Mit dieser Tathandlung haben die Beschuldigten einen strafrechtlich vorwerfbaren Schaden von 25,2 Mio. € verursacht. Des Weiteren sollen sie es unterlassen haben, den Insolvenzantrag gemäß § 15a InsO innerhalb der gesetzlichen Frist zu stellen. Der daraus resultierende Schaden wegen Insolvenzverschleppung liegt bei 8,8 Mio. €.
- Weitere 117,4 Mio. € Schaden erfasste das Polizeipräsidium Düsseldorf in einem Verfahren wegen Insolvenzverschleppung gegen eine Fluggesellschaft mit Firmenräumlichkeiten am Düsseldorfer Flughafen. Ursächlich für die Anzeige war das Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, aus dem hervorging, dass bereits seit mehreren Jahren Bilanzen manipuliert worden sein sollen. Die wirtschaftliche Schieflage des Unternehmens soll dem Aufsichtsrat daher zu spät bekannt geworden sein. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurde zwar nach Entlassung des Vorstandsvorsitzenden durch den Aufsichtsrat gestellt, habe aber nicht innerhalb der gesetzlichen Frist gelegen. Unter Einbindung von spezialisierten Finanzermittlern übernahm das Polizeipräsidium Düsseldorf die Ermittlungen auf Basis des Gutachtens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Trotz prognostizierter Entspannung der Wirtschaftslage und dem im letzten Quartal 2010 festgestellten Rückgang der Insolvenzanträge sind die Folgen der Finanzkrise im Jahr 2008 aus polizeilicher Sicht noch nicht überstanden. Ein Rückgang von Insolvenzdelikten, die mittelbar auf die Folgen der Finanzkrise zurückzuführen sind, wird sich erst mit einiger zeitlicher Verzögerung in der Polizeilichen Kriminalstatistik widerspiegeln. Ursache ist die spezielle Verfahrensentwicklung bei Insolvenzdelikten. Im Gegensatz zu Straftaten, die der Polizei unmittelbar vom Geschädigten angezeigt werden, erhält oftmals zunächst das Insolvenzgericht durch Insolvenzantrag eines

[2] Deutsche Börse Group. Im Internet: http://www.dax-indices.com/DE/index.aspx?pageID=25&ISIN=DE0008469008 [Stand: 03.05.2011]
[3] IT.NRW: 5,7 Prozent mehr Unternehmensinsolvenzen. Pressemitteilung 2011. Im Internet: http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2011/pres_044_11.html [Stand: 05.05.2011]

Gläubigers Kenntnis von einer drohenden oder bereits vorhandenen Überschuldung eines Unternehmens. Das Gericht setzt nach Prüfung des Antrags einen Insolvenzverwalter ein, der strafbare Aspekte der Insolvenz erst im Rahmen seiner Tätigkeit feststellt. Erst infolge dessen wird die Polizei von der in Kenntnis gesetzten Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen beauftragt. Die Polizei kann daher oftmals erst mehrere Monate nach der Insolvenzeröffnung die Ermittlungen aufnehmen.

1.5 Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich

In diesem Deliktsbereich verzeichnete die Polizei in Nordrhein-Westfalen für 2010 nach dem deutlichen Anstieg im Jahr 2009 einen Rückgang um 12,6 % (Vorjahr: + 132,8 %) auf 2 121 (2 428) gemeldete Straftaten. Das unter Ziffer 1.3 geschilderte Verfahren des Polizeipräsidiums Mönchengladbach mit 1 196 registrierten Straftaten bestimmt maßgeblich die Fallzahlen in diesem Deliktsbereich.

Während die Anzahl der Fälle im unteren Bereich des zehnjährigen Vergleichszeitraumes liegt, ist ein sprunghafter Anstieg des gemeldeten Schadens zu verzeichnen. Lag der Schaden 2009 noch bei 80,9 Mio. €, registrierte die Polizei im Berichtsjahr 357,1 Mio. €. Dies entspricht einem Anstieg von 341,7 %, oder 276,2 Mio. €. Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg der Schadenssumme ist neben dem Verfahren des Polizeipräsidiums Mönchengladbach auch das dort bereits angesprochene Verfahren des Polizeipräsidiums Bielefeld wegen Anlagebetruges:

- Das Polizeipräsidium Bielefeld ermittelte gegen einen großen, international agierenden Möbelkonzern aufgrund des Verdachts der Bilanzmanipulation. Im Verlauf der intensiven Arbeit deckte die zuständige Ermittlungskommission Manipulationen durch Überbewertung und Fortschreibung nicht existenter Lagerbestände auf. Die Falschbewertungen wurden seit 2004 dazu genutzt, die Bilanzsumme sowie die Gewinn- und Verlustrechnung jährlich um mehrere Millionen Euro nach oben zu korrigieren. Auf Basis dieser gefälschten Bilanzen wurde zudem von einem unabhängigen Unternehmen ein überdurchschnittlich positiver Ratingbericht gefertigt, der wiederum Grundlage für die Auszahlung hoher Kreditsummen war. Des Weiteren emittierten die Beschuldigten Genussscheine, die veräußert wurden, um sich und dem Unternehmen weitere Liquidität zu sichern. Auf diese Weise entstand ein Gesamtschaden von 234 Mio. €. Mit Hilfe der frühzeitig eingebundenen Finanzermittler konnten im Laufe des Verfahrens umfangreiche vermögensabschöpfende Maßnahmen durchgeführt werden. Zudem vollstreckten die Ermittler mehrere Haftbefehle und klärten durch weitere Vernehmungen zusätzliche strafrechtlich relevante Aspekte der Tatausführung auf.
- Einen für die Beschuldigten positiven Ausgang nahm ein Strafverfahren des Polizeipräsidiums Bonn. Dort bearbeiteten die Ermittler eine Strafanzeige wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Wertpapierhandelsgesetz mit einem statistisch erfassten Schaden von 3,4 Mio. €. Ein Wertpapierhändler war in Verdacht geraten, über Insiderinformationen zu verfügen, die ihn in die Lage versetzt hätten, bewusst Kapital aus einer drohenden, medienwirksamen Insolvenz einer Aktiengesellschaft zu schlagen. Im Rahmen umfangreicher Ermittlungen, die von Vernehmungen sowie Durchsuchungs- und Sicherstellungsmaßnahmen getragen wurden, entkräftete das Polizeipräsidium Bonn diese Vorwürfe. Die von der Polizei zusammengetragene Beweislage führte zur Einstellung des Verfahrens.

1.6 Wettbewerbsdelikte

Bei den Wettbewerbsdelikten ist nach dem Anstieg im Vorjahr erneut ein Rückgang der gemeldeten Straftaten zu verzeichnen. Die Fallzahlen sind um 18,8 % (Vorjahr: + 38,5 %) auf 336 (414) gemeldete Straftaten gesunken.

Wie auch in den zuvor beschriebenen Deliktsbereichen ist entgegen des Rückgangs der Fallzahlen der registrierte Schaden gestiegen. 2010 verzeichnete die Polizei einen Anstieg um 321,2 % auf 3,05 Mio. € (723 056 €). Die Entwicklung der Schadenssumme wäre unter Ausklammerung der einzelnen, herausragenden Verfahren mit besonders hohen Schäden weniger deutlich ausgefallen:

- Wesentlich für den Gesamtanstieg der Schadenssumme ist ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Markengesetz, das durch das Landeskriminalamt Hessen geführt wurde. Die Beschuldigte hatte gefälschte Markentextilien sowohl im Internet, als auch auf Märkten im Großraum Köln zum Verkauf angeboten. Neben dem verursachten Schaden hat das Hessische Landeskriminalamt auch den Tatort Köln statistisch erfasst, was zur Aufnahme in die Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalens führte. Nordrhein-westfälische Behörden führten in diesem Verfahren keine eigenen Ermittlungen durch.

- Das Polizeipräsidium Münster ermittelte aufgrund einer Strafanzeige des Rechteinhabers wegen Verstoßes gegen das Markengesetz mit einem Schaden von 650 000 €. Ein Großhändler hatte beabsichtigt, mehrere tausend Textilfälschungen auf den Markt zu bringen. Durch Presseveröffentlichungen wurde ein Zeuge auf die Tathandlung aufmerksam und führte die Ermittler zu weiteren eingelagerten Fälschungen. Es konnten insgesamt drei Sattelschlepperladungen gefälschter Textilien beschlagnahmt sowie Rückabwicklungen bereits erfolgter Verkäufe an Restpostenunternehmer initiiert werden.
- Das Polizeipräsidium Gelsenkirchen ermittelte in einem Verfahren wegen Verstoßes gegen das Urheberrechtsgesetz, da der Beschuldigte zum wiederholten Male illegal hergestellte Tonträger veräußerte. Mit Hilfe von Observationsmaßnahmen bestätigten die Ermittler vorliegende Zeugenaussagen. Sie stellten fest, dass der Beschuldigte an mehreren Standorten illegal hergestellte Tonträger lagerte. Nach Durchsuchungen der Lagerorte sowie der Privatanschrift wurden die privaten PC des Beschuldigten und mehrere tausend gefälschte Tonträger beschlagnahmt. Da der Beschuldigte über kein eigenes Vermögen verfügte, konnten vermögensabschöpfende Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

Wie dem Jahresbericht 2009 der Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen zu entnehmen ist, kann die rückläufige Entwicklung der Fallzahlen bei den Wettbewerbsdelikten durchaus auf die im Lagebild 2008 dargestellte Änderung im Urheberrechtsgesetz zurückgeführt werden[4]. Den Rechteinhabern wurde im § 101 UrhG ein eigenes Auskunftsrecht gegenüber den Internetprovidern eingeräumt, sofern der Täter gewerbsmäßig gehandelt hat. Geschädigte Rechteinhaber müssen seitdem keine Strafanzeige mehr erstatten, um den Beschuldigten von der Polizei ermitteln zu lassen. Sie können zivilrechtliche Schritte direkt einleiten. Es ist daher davon auszugehen, dass die Entwicklung der Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht auf einen tatsächlichen Rückgang der Urheberrechtsverletzungen, sondern auf eine Ausweitung des Dunkelfelds zurückzuführen ist.
Angesichts des großen Dunkelfeldes in diesem Deliktsbereich ist es ein Anliegen der Polizei, enger mit den Rechteinhabern zusammen zu arbeiten. Der gegenseitige Austausch von Informationen soll helfen, Fälschungen schneller zu erkennen und Ermittlungen dadurch effizienter zu gestalten. Die beim Landeskriminalamt NRW im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft NRW eingerichtete Kontaktadresse für Wirtschaftskriminalität ist eine Möglichkeit, den Kontakt mit Rechteinhabern bereits im Vorfeld aufzubauen, um den Einstieg in die Produkt- und Markenpiraterie für Täter zu erschweren. Das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW stellt hierzu eine Internetseite zur Verfügung.[5]

1.7 Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen

Die Entwicklung im Bereich der Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen verhält sich gegenläufig zu den übrigen Deliktsbereichen. Während hier ein Anstieg der Fallzahlen um 12,7 % (Vorjahr: + 23,9 %) auf 1 690 (1 500) registrierte Straftaten zu verzeichnen ist, sank der erfasste Schaden um 49,1 % auf 13,78 Mio. €. Damit liegt der Schaden nach einem deutlichen Anstieg im Vorjahr wieder im unteren Bereich des Dekadendurchschnitts.
Der geringe Anstieg um 190 erfasste Straftaten ist ausschließlich auf einen Anstieg der gemeldeten Straftaten im Bereich des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt zurückzuführen. Dieses Delikt steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der strafbaren Insolvenzverschleppung. Die Arbeitgeber, deren Unternehmen in wirtschaftliche Schieflage geraten, stellen oftmals zunächst die Entgeltzahlungen ein. Somit geht ein Anstieg der strafbaren Insolvenzdelikte zumeist unmittelbar mit einem Anstieg dieser Fallzahlen einher.
Die Polizei begegnet dieser phänomenologischen Ausprägung durch umfangreiche Schulung der Wirtschaftskriminalisten, sodass diese bei Übernahme eines Insolvenzverfahrens die gesamte Bandbreite möglicher Straftaten sachgerecht ermitteln können.

[4] GVU: Jahresbericht 2009. Im Internet: http://www.gvu.de/media/pdf/653.pdf [Stand: 05.05.2011]

[5] MIK NRW. Im Internet: http://www.mik.nrw.de/sicherheitspartnerschaft [Stand: 03.05.2011]

1.8 Betrug und Untreue bei Beteiligungen und Kapitalanlagen

Die in diesem Bereich erfassten Straftaten liegen mit 1 907 (Vorjahr: 2 123) um 10,2 % (+ 214,5 %) unter dem Vorjahreswert. Der statistische Schaden liegt mit 119,5 Mio. € (46,8 Mio. €) 155,2 % höher als im Vorjahr. Der Anstieg des Schadens sowie die nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Fallzahlen sind überwiegend auf den Bereich des Anlagebetruges zurückzuführen. Die hier maßgeblichen statistischen Erfassungen des Polizeipräsidiums Mönchengladbach sind unter Ziffer 1.3 und 1.5 ausführlich dargestellt worden. Die vom Polizeipräsidium Mönchengladbach erfassten 1 270 Straftaten haben einen Anteil von 66,6 % an dem Deliktsbereich des Betrugs und der Untreue bei Beteiligungen und Kapitalanlagen. Der im Verfahren erfasste Schaden von über 18 Mio. € hat an diesem Deliktsbereich einen Anteil von 15 %.

Durch fehlerhafte Erfassung sind beim Anlagebetrug weitere 60 699 300 € in die Polizeiliche Kriminalstatistik eingeflossen, die systembedingt nicht mehr herausgerechnet werden können. Ihr Anteil liegt bei 53,5 % am insgesamt für den Deliktsbereich registrierten Schaden. Ohne diese Fehlerfassung wäre mit lediglich 12 Mio. € ein deutlich geringerer Schadensanstieg um 25,6 % zu verzeichnen gewesen.

1.9 Tatmittel Internet

Im Berichtsjahr erfasste die Polizei in 2 244 (Vorjahr: 1 434[6]) Fällen das Internet als Tatmittel zur Begehung einer Wirtschaftsstraftat. Dies entspricht einem Anstieg um 56,5 % (- 14,5 %), der jedoch maßgeblich von einem Verfahren mit 312 gemeldeten Einzeltaten des PP Wuppertal bestimmt wurde. Hatten die mit dem Tatmittel Internet erfassten Straftaten 2009 noch einen Anteil von 7 % an den insgesamt als WIKRI erfassten Delikten, liegt dieser Anteil 2010 bei 16,7 %.

Herausragend ist die Entwicklung im Bereich der Wirtschaftskriminalität bei Betrug. Insbesondere beim Leistungs- sowie Computerbetrug nach § 263a StGB sind die mit dem Tatmittel Internet erfassten Delikte stark angestiegen. Während bei den anderen Delikten überwiegend ein Rückgang oder nur ein zahlenmäßig geringer Anstieg der Fallzahlen verzeichnet wurde, stiegen die Fallzahlen beim Computerbetrug nach § 263a StGB um 134,2 % von 193 auf 452 erfasste Straftaten. Beim Leistungsbetrug stiegen die erfassten Straftaten von 73 auf 396.

- Dieser Anstieg ist ausschließlich auf ein Verfahren des Polizeipräsidiums Wuppertal zurückzuführen. Dort führten die Ermittler in 312 Fällen ein Verfahren gegen den Betreiber eines Unternehmens, das Luftfahrterlebnisse mit Flugzeugen, Ballons oder Zeppelinen über das Internet anbot. Anfangs hatte der Beschuldigte noch die Aufträge erfüllt, konnte die steigende Nachfrage seitens der Kunden jedoch schon bald nicht mehr bedienen. Um seine laufenden Kosten zu decken, soll er weiterhin Aufträge angenommen haben, ohne diese ausführen zu können. Kunden buchten ihre Ausflüge über das Internet und überwiesen die vorgegebenen Summen im Voraus auf das Konto des Beschuldigten. Der Beschuldigte soll im weiteren Verlauf zusätzliche Gesellschaften gegründet haben, um unter anderem Namen die Ausflüge weiterhin anzubieten. Die Einnahmen aus den ebenfalls nicht erfüllten Aufträgen soll er zur Sanierung seiner Hauptgesellschaft verwendet haben. Zurzeit ruht die Eröffnung der Hauptverhandlung, da parallel ein Insolvenzverfahren gegen den Beschuldigten eingeleitet wurde.

Beim Computerbetrug handelt es sich um einen allgemeinen Anstieg der Fallzahlen, der nicht auf einzelne Umfangsverfahren zurückzuführen ist. Es ist langfristig von einem tendenziellen Anstieg der erfassten Straftaten auszugehen.

Die Entwicklung der Deliktsfeldverteilung im Hellfeld der Wirtschaftskriminalität ist deutlich. Das Tatmittel Internet spielt – bezogen auf die absoluten Fallzahlen – aus polizeilicher Sicht im Bereich der Wettbewerbsdelikte (insgesamt) eine geringere Rolle als in den Vorjahren, bei Ermittlungsverfahren im Deliktsbereich Wirtschaftskriminalität bei Betrug hingegen nimmt die Bedeutung des Internet als Tatmittel weiter zu.

Die für Täter günstige Tatgelegenheitsstruktur im Internet, in Verbindung mit der Möglichkeit, mindestens bundesweit eine Vielzahl von Opfern zeitgleich erreichen zu können, dürfte ursächlich für den Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Wirtschaftskriminalität bei Betrug sein.

---

[6] Für 2009 waren 7 085 Schadensfälle über die Auktionsplattform eBay in einem Umfangsverfahren wegen **Warenbetrugs** nicht mit dem Tatmittel Internet erfasst worden.

2 Maßnahmen

2.1 Repressive Maßnahmen

Die Polizeibehörden greifen vermehrt auf die Erfahrungen spezialisierter Finanzermittler zurück, um der Verschleierung von Transaktionen zu begegnen oder versteckte Vermögenswerte auf Seiten der Täter effizient aufzudecken. Auf diesem Wege ist es immer wieder möglich, nicht nur den Tatnachweis zu führen, sondern zeitgleich bereits in einem frühen Stadium des Ermittlungsverfahrens vermögensabschöpfende Maßnahmen durchzuführen.

Darüber hinaus werden zunehmend auch verdeckte Ermittlungsmethoden (Observationen, Telekommunikationsüberwachung, etc.), wie sie zuvor nahezu ausschließlich im Bereich der Organisierten Kriminalität angewendet wurden, für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität eingesetzt. Insbesondere durch die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Telekommunikationsüberwachung im § 100a StPO ist dem polizeilichen Anspruch von Seiten des Gesetzgebers Rechnung getragen worden. Die Polizeibehörden in NRW setzen die erweiterten rechtlichen und technischen Möglichkeiten um.

Andere gesetzliche Änderungen hingegen erschweren die polizeilichen Ermittlungen.

Mit seiner Entscheidung vom 02.03.2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Speicherung von Telekommunikationsdaten durch die Telekommunikationsdiensteanbieter für nicht verfassungsgemäß erklärt. In der Folge sind bei den Diensteanbietern anfallende Daten häufig bereits gelöscht, bevor die Polizei richterliche Beschlüsse erwirken und auf die Daten zugreifen kann. Den Polizeibehörden stehen damit wichtige Ermittlungsansätze nicht mehr zur Verfügung. Auch den Opfern ist die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche in diesen Fällen meist nicht mehr möglich.

Ein Beispiel für die Auswirkungen der zurzeit gesetzlich ungeregelten Mindestdatenspeicherung ist in einem umfangreichen, laufenden Verfahren des PP Düsseldorf wegen unerwünschter Telefonakquise in Bezug auf Anlagebetrug und Gewinnspieleintragungsservices zu finden:

- Von Seiten der Täter werden die gesendeten und im Display des Angerufenen angezeigten Telefonnummern technisch verfälscht. Die Angerufenen bemerken oftmals erst nach mehreren Wochen, wenn unberechtigt Gelder von ihren Konten abgebucht werden oder versprochene Gewinnauszahlungen ausbleiben und dass sie Opfer einer Straftat geworden sind. Bei der Polizei geben die Geschädigten im Rahmen einer Anzeigenerstattung meist die im Display abgelesene, jedoch verfälschte Telefonnummer an, die die Ermittlungen ins Leere laufen lässt. Die im Rahmen der geführten Telefonate durch den Provider abgefangenen, tatsächlichen Telefonnummern der Täter sind bei Anzeigenaufnahme der polizeilichen Ermittlungen bereits nicht mehr gespeichert, sodass auch in dieser Hinsicht die Täter nicht ermittelt werden können.

Der zunehmenden Verbreitung moderner Technik und Kommunikationsmittel, die Tätern die Möglichkeit bietet, ohne großen Zeitverlust auch grenzüberschreitend zu agieren, muss die Polizei in technischer wie personeller Hinsicht begegnen. Die technische Ausstattung wird daher laufend dem technologischen Fortschritt angepasst, und Wirtschaftskriminalisten werden durch ständige und umfangreiche Schulungen in die Lage versetzt, große Datenvolumina auszuwerten und Täterkommunikation unter Nutzung neuer Medien nachzuvollziehen.

2.2 Präventive Maßnahmen

Das Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen bietet im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen den im Lagebild 2009 angekündigten Internetauftritt zur Darstellung aktueller Bedrohungsszenarien in der Wirtschaft an[7]. Auf der Internetseite steht zudem das vom Ministerium veröffentlichte Faltblatt mit Informationen zur Sicherheitspartnerschaft als Download zur Verfügung. Das Landeskriminalamt NRW stellt zur Veröffentlichung auf der Internetseite Basisinformationen zu verschiedenen Themenbereichen, so auch zur Wirtschaftskriminalität, zur Verfügung. Es ist zudem zentraler Ansprechpartner für Bürger und Firmen im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Seit Gründung der Sicherheitspartnerschaft im Jahr 2001 verfolgen die Beteiligten unter anderem das Ziel, Erkenntnisse und Erfahrungen unbürokratisch auszutauschen. Im Rahmen dieser Sicherheitspartnerschaft wird der Informationsaustausch zwischen Wirtschaftsverbänden, Partnerunternehmen und der Polizei mit dem Ziel ermöglicht und gefördert, sowohl präventive als auch repressive Handlungsstrategien im jeweiligen Verantwortungsbereich zu optimieren.

[7] MIK.NRW. Im Internet: http://www.mik.nrw.de/sicherheitspartnerschaft [Stand: 03.05.2011]

Mit Einrichtung des neuen Intranets der Polizei, dem Intrapol NRW, wurde zeitgleich das Fachportal Kriminalität im Rahmen des Wissensmanagements online gestellt. 45 überwiegend im Landeskriminalamt NRW angesiedelte Themenredaktionen, darunter auch das Fachportal Wirtschaftskriminalität, stellen darin polizeiliche Fachinformationen zentral zur Verfügung. Hierzu arbeiten sie mit spezialisierten Ermittlern aus dem Land zusammen, die ihre Erfahrungen in Form von Artikeln bereitstellen.

Das Polizeipräsidium Köln führt regelmäßig mit Vertretern von Sparkassen und Banken Gesprächskreise, in deren Rahmen Kenntnisse über neue Entwicklungen beim Betrug im Zusammenhang mit Immobilienfinanzierungen, dem Einsatz gefälschter Kreditkarten und anderen Straftaten ausgetauscht werden, um konkrete, präventive Maßnahmen zu entwickeln und beiderseitig umzusetzen. Das Landeskriminalamt NRW nimmt darüber hinaus im Bereich der Geldwäsche an einem ständigen Gesprächskreis mit Vertretern der Bankinstitute sowie deren Landes- und Bundesverbänden teil. Dieser Gesprächskreis dient den Beteiligten dazu, aktuelle Problembesprechungen durchführen zu können sowie neue Phänomene und Modi Operandi darzustellen und trägt somit zur Verbesserung und Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Bankinstituten und Ermittlungsbehörden bei. Auch andere Kreispolizeibehörden prüfen bereits die Zusammenarbeit mit Externen, wie Unternehmen und deren Verbände sowie Körperschaften des Öffentlichen Rechts, um im Rahmen dauerhafter Kooperationen die Entwicklung neuer kriminologischer Phänomene frühzeitig erkennen und effektiv bekämpfen zu können. Im Rahmen von Bürgerkontakten, insbesondere bei Anzeigenerstattungen, werden zudem Hinweise zur Prävention im Kapitalanlagebereich gegeben.

Die statistisch feststellbare Entwicklung des Anlagebetruges – Rückgang der Fallzahlen und starker Anstieg der Schadenssummen (siehe Ziffer 1.3) – unterstreicht die immense Bedeutung sensiblen Anlageverhaltens. Die einzelnen Anlagesummen und somit auch das Risiko eines Vermögensverlustes für die Geschädigten steigen tendenziell. Die Polizei begegnet dieser Entwicklung bereits seit längerer Zeit mit präventiven Maßnahmen, um Anleger bereits im Vorfeld zu sensibilisieren. Dazu zählen die Bereitstellung von thematisch orientierten Faltblättern[8], die Teilnahme an themenorientierten Veranstaltungen oder auch die Veröffentlichung von Erfahrungen der Ermittler des Landeskriminalamtes NRW in Interviews mit Finanzinstituten.[9]

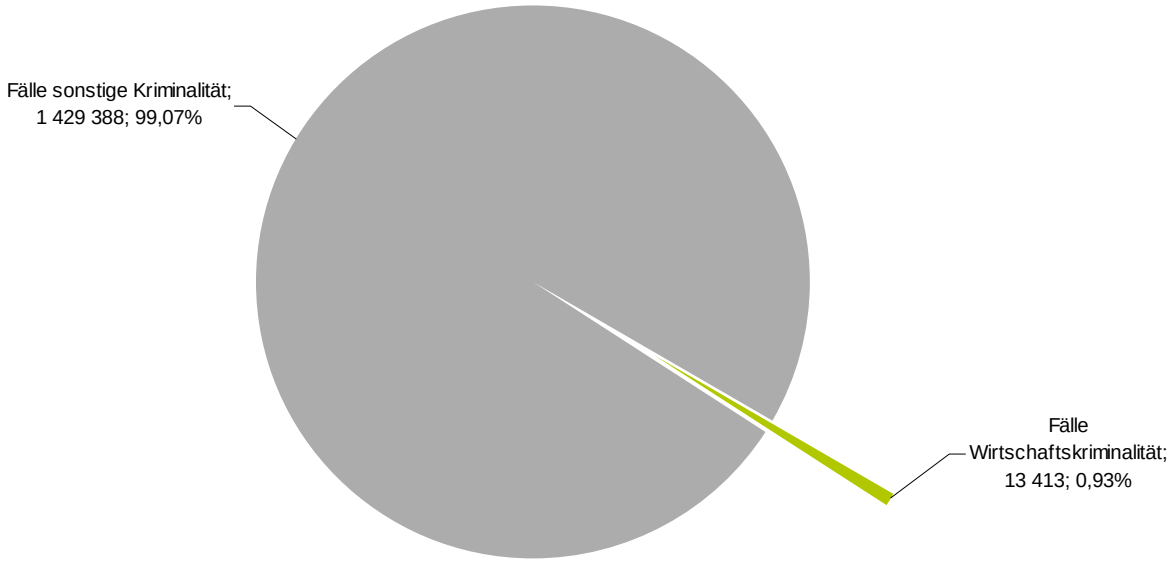
Das Landeskriminalamt NRW betreibt eine Kooperation mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen zur Aufklärung über den Umgang mit dem Vertrieb von Gewinnspielen. Dabei wird durch Gewinnspieleintragungsdienste im Rahmen unerwünschter Telefonwerbung dem Angerufenen der Abschluss eines Gewinnspielvertrages vermittelt. Die dafür eingesetzten Callcenter nutzen bei ihrer Akquise oftmals geschickte Gesprächsführungen, um einen Vertragsabschluss zu erzielen, ohne dass dies tatsächlich von den Angerufenen gewollt ist. Besonders ältere Menschen fallen diesem Vorgehen häufig zum Opfer mit der möglichen Folge, dass monatlich große Beträge von ihren Konten mittels Lastschrift für eine Vielzahl von Gewinnspielen abgebucht werden. Die Opfer stehen diesem Phänomen oftmals hilflos gegenüber. Erkenntnisse zu neuen Vorgehensweisen der Gewinnspieleintragungsdienste, die das Landeskriminalamt NRW im Rahmen eines eigenen Ermittlungsverfahrens mit inzwischen 30.000 Geschädigten erhält, leitet es an die Verbraucherzentrale NRW weiter. Diese nutzt die Erkenntnisse, um Verbraucher bereits im Vorfeld zu sensibilisieren und dadurch dabei zu helfen, dieses zweifelhafte Vorgehen einzudämmen. 2011 startet hierzu eine medienwirksame Kampagne.

[8] Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: So bleiben Ihre Werte mehr wert!. Im Internet: http://www.polizei-propk.de/medienangebot/details/form/7/18.html [Stand: 06.05.2011]
[9] Sparkasse: Böses Erwachen statt Traumrendite. Treffpunkt 04/2010. Im Internet: http://www.sparkassen-schulservice.de/imod/blickpunkt_wirtschaft/dokumente/Treffpunkt_04-2010_Anlagebetrug.pdf [Stand: 06.05.2011]

3 Anlagen

3.1 Diagramme und Tabellen

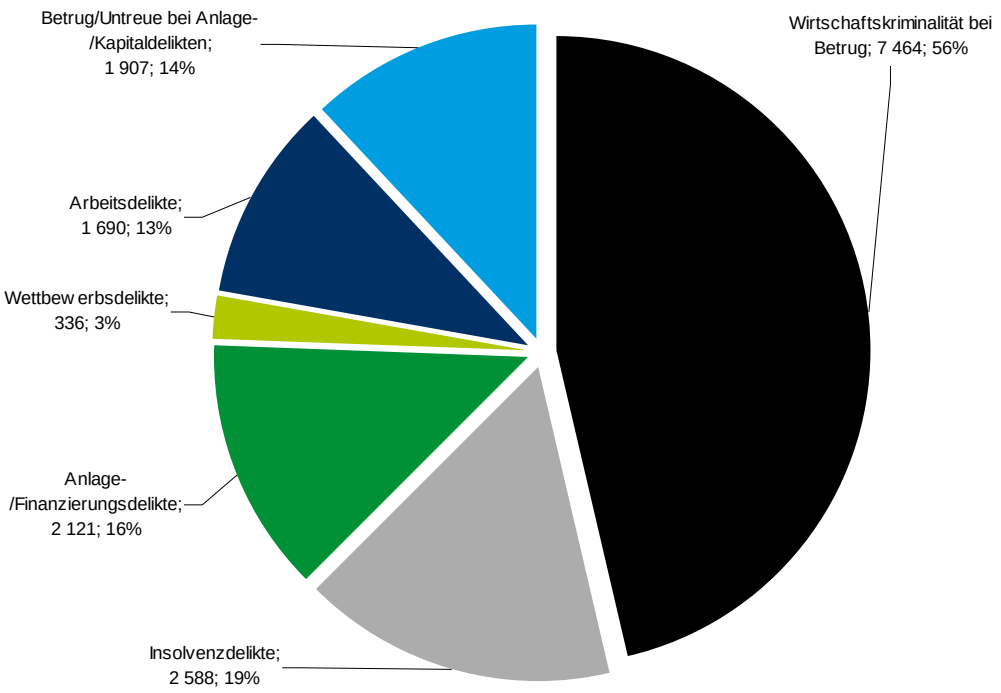
Fallzahlen der Wirtschafts- und sonstigen Kriminalität 2010



Schäden durch Wirtschafts- und sonstige Kriminalität 2010

Deliktsbereiche der Wirtschaftskriminalität 2010

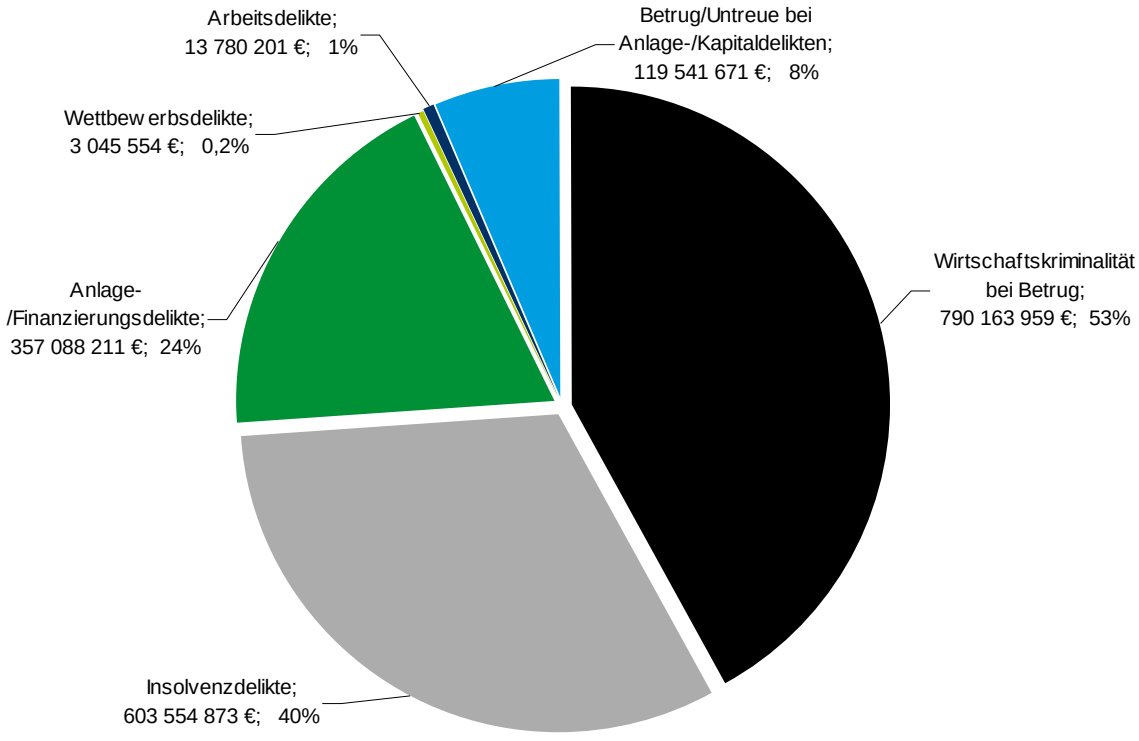
(Fallzahlenanteile absolut und in Prozent)



Eine Addition der Prozentzahlen ergibt nicht das Gesamtergebnis (siehe Ziffer 3.2)

Schäden durch die Deliktsbereiche 2010

(Schadensanteile absolut und in Prozent)



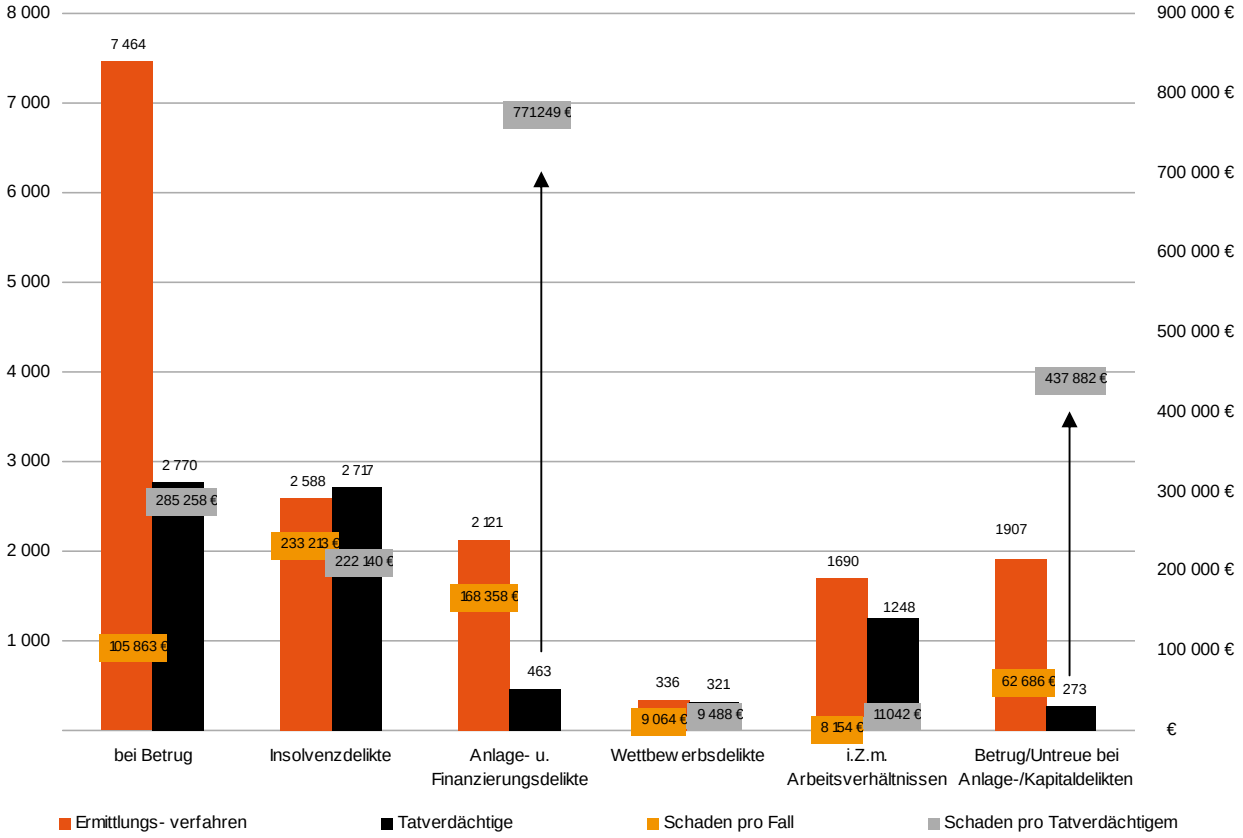
Eine Addition der Prozentzahlen ergibt nicht das Gesamtergebnis (siehe Ziffer 3.2)

Schäden durch Wirtschaftskriminalität 2010 – Tabelle

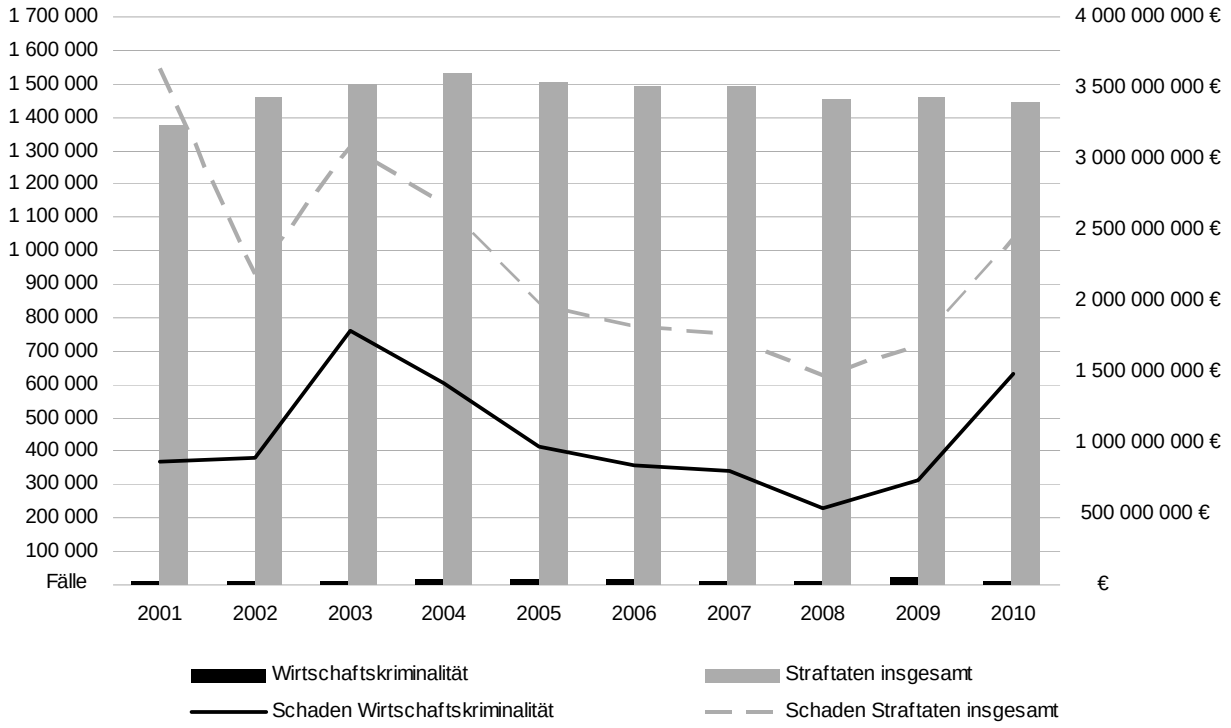
PKS		Ermittlungs-verfahren	Tatverdächtige	Schäden in €	Schaden pro Fall	Schaden pro Tatverdächtigem
893000	**Wirtschaftskriminalität gesamt***	**13 413**	**7 229**	**1 492 685 632 €**	**111 286 €**	**206 486 €**
893100	bei Betrug	7 464	2 770	790 163 959 €	105 863 €	285 258 €
893200	Insolvenzdelikte	2 588	2 717	603 554 873 €	233 213 €	222 140 €
893300	Anlage- u. Finanzierungsdelikte	2 121	463	357 088 211 €	168 358 €	771 249 €
893400	Wettbewerbsdelikte	336	321	3 045 554 €	9 064 €	9 488 €
893500	i.Z.m. Arbeitsverhältnissen	1 690	1 248	13 780 201 €	8 154 €	11 042 €
893600	Betrug/Untreue bei Anlage-/Kapitaldelikten	1 907	273	119 541 671 €	62 686 €	437 882 €

* Eine Addition der Schlüsselzahlen 893100 bis 893600 ergibt nicht das Gesamtergebnis (siehe Ziffer 3.2)

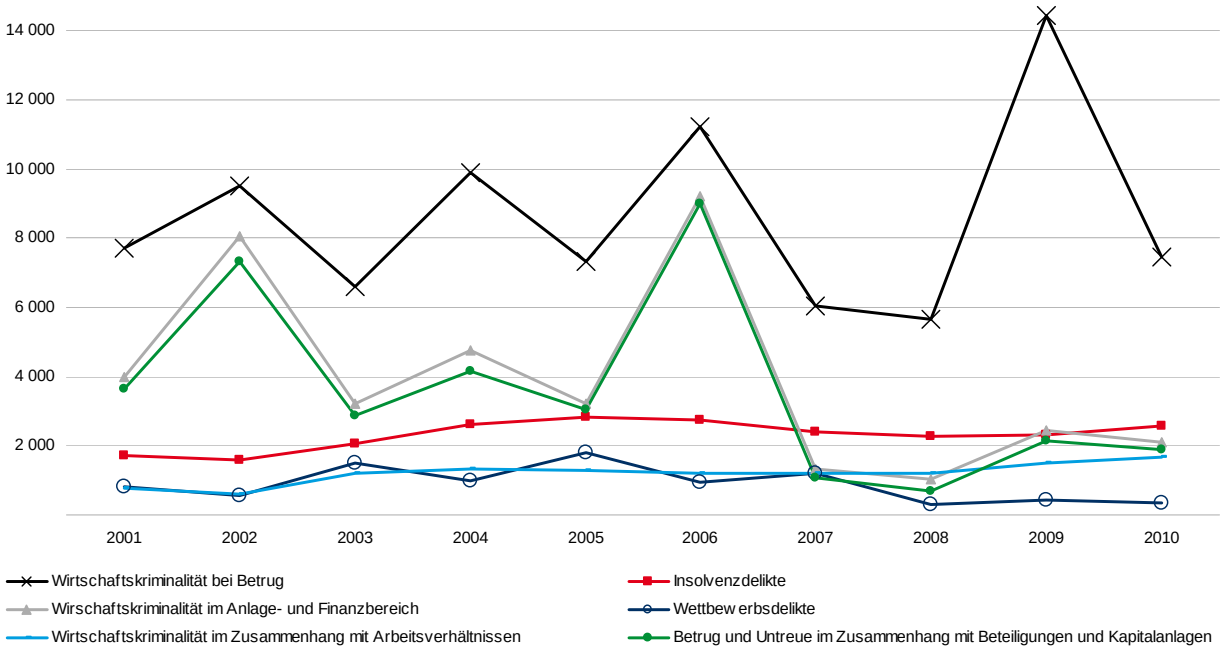
Schäden durch Wirtschaftskriminalität 2010 – Diagramm



Entwicklung der Wirtschaftskriminalität und Gesamtkriminalität (Fallzahlen und Schadenssummen) 2001 bis 2010



Entwicklung der Wirtschaftskriminalität insgesamt 2001 bis 2010



Delikte der Wirtschaftskriminalität - 2009 und 2010

	PKS-Schlüssel	Fallzahlen		Zu- bzw. Abnahme 2009 bis 2010			
		2009	2010				%
Wirtschaftskriminalität bei Betrug	**893100**	**14431**	**7464**	-	**6 967**	-	**48,3**
Betrügerische Erlangung von Kfz	511100	8	1	-	7	-	87,5
Warenkreditbetrug -sonstiger	511200	628	631	+	3	+	0,5
Stoßbetrug	511202	69	34	-	35	-	50,7
Weitere Arten des Kreditbetruges	511279	552	570	+	18	+	3,3
Warenbetrug	511300	7 748	694	-	7 054	-	91,0
Grundstücks- und Baubetrug	512000	4	3	-	1	-	25,0
Baubetrug	512001	2	2				-
Grundstücksbetrug	512002	2	1	-	1	-	50,0
Prospektbetrug	513100	1	3	+	2	+	200,0
Anlagebetrug	513200	1 965	1 871	-	94	-	4,8
Betrug bei Börsenspekulationen	513300	1	2	+	1	+	100,0
Beteiligungsbetrug	513400	10	6	-	4	-	40,0
Kautionsbetrug	513500	13	6	-	7	-	53,8
Umschuldungsbetrug	513600		1	+	1	##	#DIV/0!
Kreditbetrug § 265b StGB	514100	80	68	-	12	-	15,0
Subventionsbetrug - § 264 StGB	514200	95	132	+	37	+	38,9
Kreditbetrug (§ 263 StGB)	514300	322	130	-	192	-	59,6
Wechselbetrug	514400	2	5	+	3	+	150,0
Wertpapierbetrug	514500		3	+	3	##	#DIV/0!
Leistungsbetrug	517100	774	567	-	207	-	26,7
Leistungskreditbetrug	517200	210	336	+	126	+	60,0
Arbeitsvermittlungsbetrug	517300	2	2				-
Betrug z.N.v. Versicherungen und Versicherungsmissbrauch §§ 263, 265 StGB	517400	42	40	-	2	-	4,8
Betrug zum Nachteil von Versicherungen	517410	42	38	-	4	-	9,5
Computerbetrug § 263a StGB	517500	211	466	+	255	+	120,9
Provisionsbetrug	517600	27	19	-	8	-	29,6
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	517700	19	18	-	1	-	5,3
Sonstiger Sozialleistungsbetrug	517800	48	45	-	3	-	6,3
Betrug mit Zugangsberechtigungen zu Kommunikationsdiensten	517900	12	41	+	29	+	241,7
Abrechnungsbetrug	518100	571	467	-	104	-	18,2
Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen	518110	525	434	-	91	-	17,3
sonstiger Abrechnungsbetrug	518179	46	33	-	13	-	28,3
Kontoeröffnungs- und Überweisungsbetrug	518300	71	83	+	12	+	16,9
Kontoeröffnungsbetrug	518310	10	46	+	36	+	360,0
Überweisungsbetrug	518320	61	37	-	24	-	39,3
Kreditvermittlungsbetrug	518800	125	208	+	83	+	66,4
sonstige weitere Betrugsarten	518900	1 428	1 491	+	63	+	4,4
Insolvenzdelikte	**893200**	**2332**	**2588**	**+**	**256**	**+**	**11,0**
Bankrott (§ 283 StGB)	561000	721	736	+	15	+	2,1
Besonders schwerer Fall des Bankrotts (§ 283a StGB)	562000	4	5	+	1	+	25,0
Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	563000	136	94	-	42	-	30,9
Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)	564000	25	34	+	9	+	36,0
Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	565000	3	8	+	5	+	166,7
Insolvenzverschleppung nach GmbHG	712100	493		-	493	-	100,0
Insolvenzverschleppung nach HGB	712200	950	1 711	+	761	+	80,1
Insolvenzverschleppung § 130b HGB	712210	947		-	947	-	100,0
Insolvenzverschleppung § 177a HGB	712220	3		-	3	-	100,0

Fortsetzung nächste Seite

Delikte der Wirtschaftskriminalität - 2009 und 2010 (Fortsetzung)

	PKS-Schlüssel	Fallzahlen		Zu- bzw. Abnahme 2009 bis 2010		
		2009	2010			%
Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzbereich	**893300**	**2428**	**2121**	**-**	**307**	**- 12,6**
Prospektbetrug	513100	1	3	+	2	+ 200,0
Anlagebetrug	513200	1 965	1 871	-	94	- 4,8
Betrug bei Börsenspekulationen	513300	1	2	+	1	+ 100,0
Beteiligungsbetrug	513400	10	6	-	4	- 40,0
Kautionsbetrug	513500	13	6	-	7	- 53,8
Umschuldungsbetrug	513600		1	+	1	
Kreditbetrug (§ 265b StGB)	514100	80	68	-	12	- 15,0
Kreditbetrug (§ 263 StGB)	514300	322	130	-	192	- 59,6
Wechselbetrug	514400	2	5	+	3	+ 150,0
Wertpapierbetrug	514500		3	+	3	
Straftaten i. V. m. dem Bankgewerbe	714000	34	26	-	8	- 23,5
Börsengesetz	714020					
Kreditwesengesetz	714040	20	12	-	8	- 40,0
Wertpapierhandelsgesetz	714060	14	14			-
Wettbewerbsdelikte	**893400**	**414**	**336**	**-**	**78**	**- 18,8**
Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	656000	5	3	-	2	- 40,0
Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen (mit allen Untergruppen)	715000	294	273	-	21	- 7,1
Markengesetz	715010	74	55	-	19	- 25,7
Kunsturheberrechtsgesetz	715040	6	2	-	4	- 66,7
Urheberrechtsgesetz - sonstige Verstöße ohne Schl. 715010 und 725200)	715050	96	86	-	10	- 10,4
Patentgesetz	715060	1	5	+	4	+ 400,0
Softwarepiraterie (private Anwendung z.B. Computerspiele)	715100	3		-	3	- 100,0
Softwarepiraterie in Form gewerbsmäßigen Handelns	715200	12	8	-	4	- 33,3
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 Abs.1 und 4 UWG	715300	64	66	+	2	+ 3,1
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 Abs.2 und 4 UWG	715400	36	48	+	12	+ 33,3
Straftaten nach UWG ohne § 17 UWG	719200	115	60	-	55	- 47,8
Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen	**893500**	**1500**	**1690**	**+**	**190**	**+ 12,7**
Arbeitsvermittlungsbetrug	517300	2	2			-
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	517700	19	18	-	1	- 5,3
Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	522000	1 479	1 670	+	191	+ 12,9
Delikte i. Z. m. illegaler Beschäftigung	713000					
Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen	**893600**	**2123**	**1907**	**-**	**216**	**- 10,2**
Prospektbetrug (§ 264a StGB)	513100	1	3	+	2	+ 200,0
Anlagebetrug (§ 263 StGB)	513200	1 965	1 871	-	94	- 4,8
Betrug bei Börsenspekulationen	513300	1	2	+	1	+ 100,0
Beteiligungsbetrug	513400	10	6	-	4	- 40,0
Untreue bei Kapitalanlagegeschäften	521100	146	25	-	121	- 82,9

Auffällige Entwicklungen

Warenbetrug – 2009 und 2010

	2009	2010	Zu-/ Abnahme	
Fälle Warenbetrug	7 748	694	-	7 054
ermittelte Tatverdächtige	266	268	+	2
Fälle pro Tatverdächtigem	29,13	2,59	-	27
Schaden pro Fall	213 €	990 €	+	777 €
Schaden pro Tatverdächtigem	6 202 €	2 563 €	-	3 639 €

Kreditbetrug – 2009 und 2010

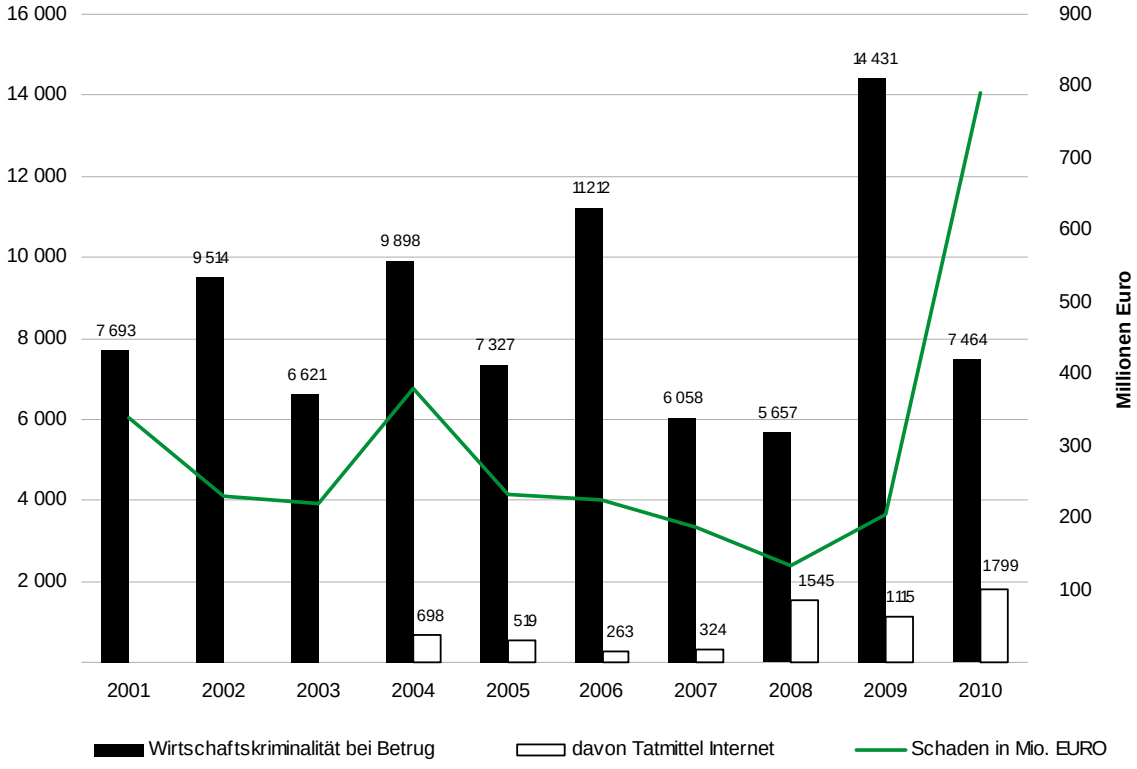
	2009	2010	Zu-/ Abnahme	
Fälle Kreditbetrug	322	130	-	192
ermittelte Tatverdächtige	290	117	-	173
Fälle pro Tatverdächtigem	1,11	1,11	+	0
Schaden pro Fall	113 806 €	1 870 891 €	+	1 757 085 €
Schaden pro Tatverdächtigem	126 364 €	2 078 768 €	+	1 952 404 €

Sonstige weitere Betrugsarten – 2009 und 2010

	2009	2010	Zu-/ Abnahme	
Fälle sonstige weitere Betrugsarten	1 428	1 491	+	63
ermittelte Tatverdächtige	654	585	-	69
Fälle pro Tatverdächtigem	2,18	2,55	+	0,37
Schaden pro Fall	49 395 €	264 751 €	+	215 356 €
Schaden pro Tatverdächtigem	107 854 €	674 776 €	+	566 922 €

Wirtschaftskriminalität bei Betrug 2001 bis 2010

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)



	gemeldete Fälle									
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Wirtschaftskriminalität bei Betrug	**7 693**	**9 514**	**6 621**	**9 898**	**7 327**	**11 212**	**6 058**	**5 657**	**14 431**	**7 464**
Betrügerische Erlangung von Kfz	4	20	27	243	25	14	62	18	8	1
Warenkreditbetrug -sonstiger	582	478	212	578	666	187	646	543	628	631
Stoßbetrug								46	69	34
Weitere Arten des Warenkreditbetruges								444	552	570
Warenbetrug	126	238	55	287	580	134	28	2 035	7 748	694
Grundstücks- und Baubetrug	33	26	40	6	79	4	157	8	4	3
Baubetrug								8	2	2
Prospektbetrug	10	6	6	4	2	6	4	1	1	3
Anlagebetrug	3 122	7 202	2 077	3 852	2 499	8 907	968	587	1 965	1 871
Betrug bei Börsenspekulationen	310	32	5	2	2	3	1	1	1	2
Beteiligungsbetrug	64	41	724	245	418	23	19	19	10	6
Kautionsbetrug	16	8	6	13	14	16	11	14	13	6
Umschuldungsbetrug	7	141	7	4	7	2	15	2	0	1
Kreditbetrug § 265b StGB	178	126	189	128	178	92	126	258	80	68
Subventionsbetrug - § 264 StGB	37	62	51	88	35	102	196	306	95	132
Kreditbetrug (§ 263 StGB)	93	168	139	520	55	107	148	121	322	130
Wechselbetrug	3	12	4		6	3	2	1	2	5
Wertpapierbetrug	1		4		1		6	3	0	3
Leistungsbetrug	736	85	39	305	163	59	688	239	774	567
Leistungskreditbetrug	52	107	168	54	66	91	69	86	210	336
Arbeitsvermittlungsbetrug	341		1	1	2	1	2	2	2	2
Betrug zum Nachteil von Versicherungen und Versicherungsmissbrauch (§§ 263, 265 StGB)	7	118	19	3	9	7	14	13	42	40
Betrug zum Nachteil von Versicherungen								13	42	38
Computerbetrug § 263a StGB	133	63	104	113	56	107	83	43	211	466
Provisionsbetrug	12	22	7	330	283	17	6	54	27	19

Fortsetzung nächste Seite

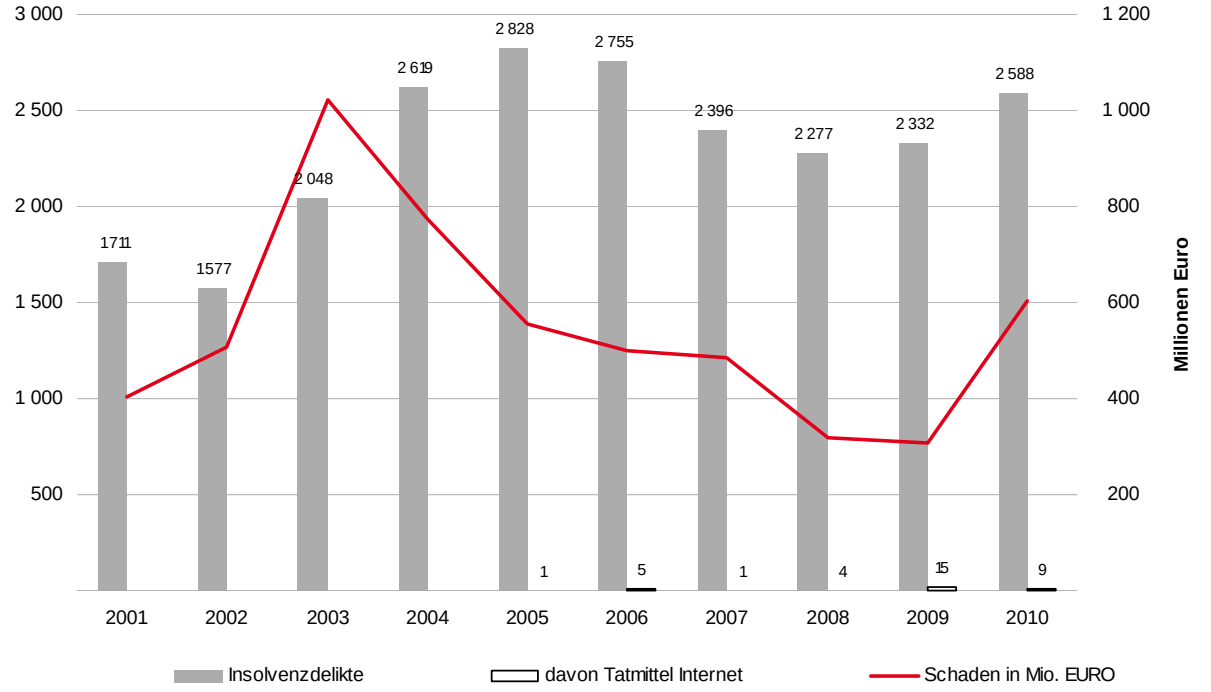
Wirtschaftskriminalität bei Betrug 2001 bis 2010 (Fortsetzung)

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)

	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	44	112	87	132	22	25	10	9	19	18
Sonstiger Sozialleistungsbetrug	11	15	9	19	17	12	6	14	48	45
Betrug mit Zugangsberechtigungen zu Kommunikationsdiensten	98	19	5	38	6	2	1	11	12	41
Abrechnungsbetrug	433	37	649	1 708	817	109	147	427	571	467
Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen								308	525	434
Sonstiger Abrechnungsbetrug								119	46	33
Kontoeröffnungs- und Überweisungsbetrug	16	14	15	11	19	244	85	36	71	83
Kontoeröffnungsbetrug								22	10	46
Überweisungsbetrug								14	61	37
Kreditvermittlungsbetrug				4	15	6	270	7	125	208
sonstige weitere Betrugsarten	1 160	338	828	1 176	1 164	804	2264	852	1428	1491
davon Tatmittel Internet				**698**	**519**	**263**	**324**	**1 545**	**1 115**	**1 799**
Schaden in Mio. EURO	338,90	230,58	220,11	379,30	233,22	226,63	188,20	134,00	206,27	790,16

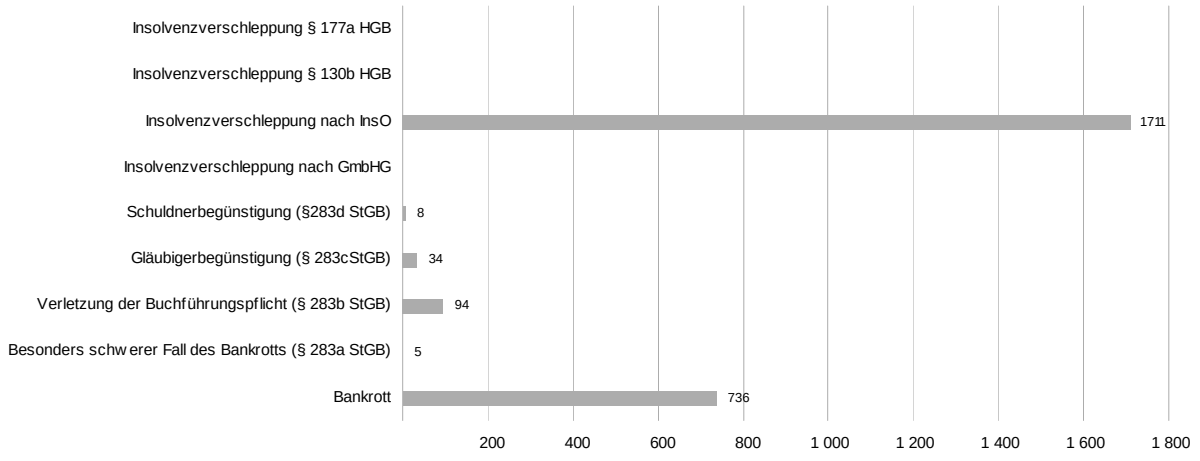
Insolvenzdelikte 2001 bis 2010

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)



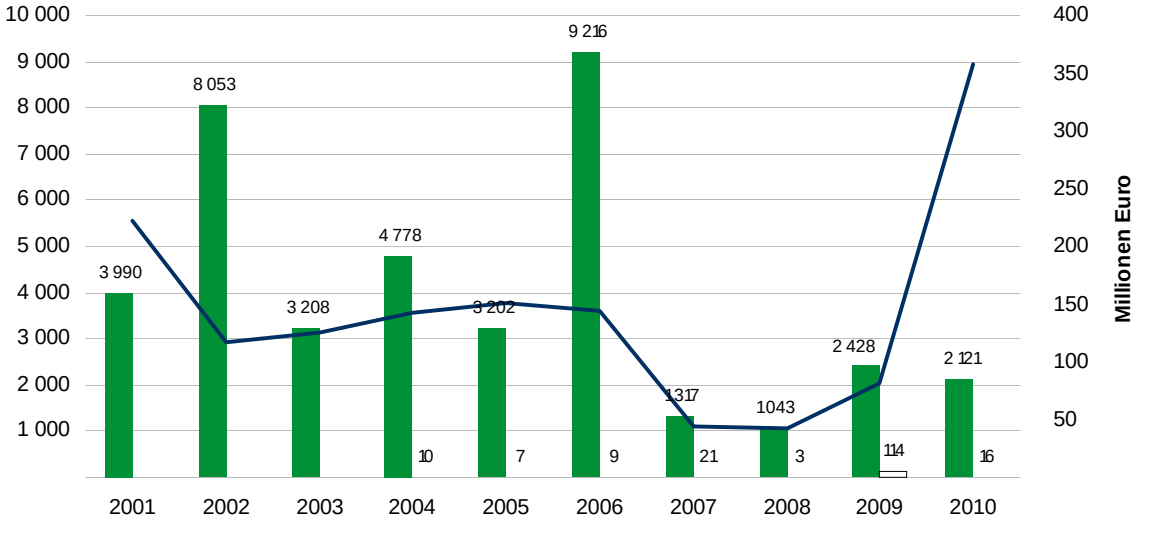
	gemeldete Fälle									
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Insolvenzdelikte	**1 711**	**1 577**	**2 048**	**2 619**	**2 828**	**2 755**	**2 396**	**2 277**	**2 332**	**2 588**
Bankrott	479	498	629	827	863	812	712	744	721	736
Besonders schwerer Fall des Bankrotts (§ 283a StGB)	8	3	4	8	4	64	1		4	5
Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	70	66	133	127	174	170	173	125	136	94
Gläubigerbegünstigung (§ 283cStGB)	44	31	36	30	25	31	39	35	25	34
Schuldnerbegünstigung (§283d StGB)	8	6	6	2	8	17	14	8	3	8
Insolvenzverschleppung nach GmbHG	1 084	930	1 193	1 582	1 704	1 612	1 409	1 318	493	
Insolvenzverschleppung nach InsO	18	43	47	43	50	49	48	47	950	1 711
Insolvenzverschleppung § 130b HGB								37	947	
Insolvenzverschleppung § 177a HGB								10	3	
davon Tatmittel Internet					**1**	**5**	**1**	**4**	**15**	**9**
Schaden in Mio. EURO	**404,42**	**506,61**	**1023,00**	**772,33**	**555,94**	**501,52**	**484,56**	**319,00**	**306,59**	**603,55**

Insolvenzdelikte in 2010



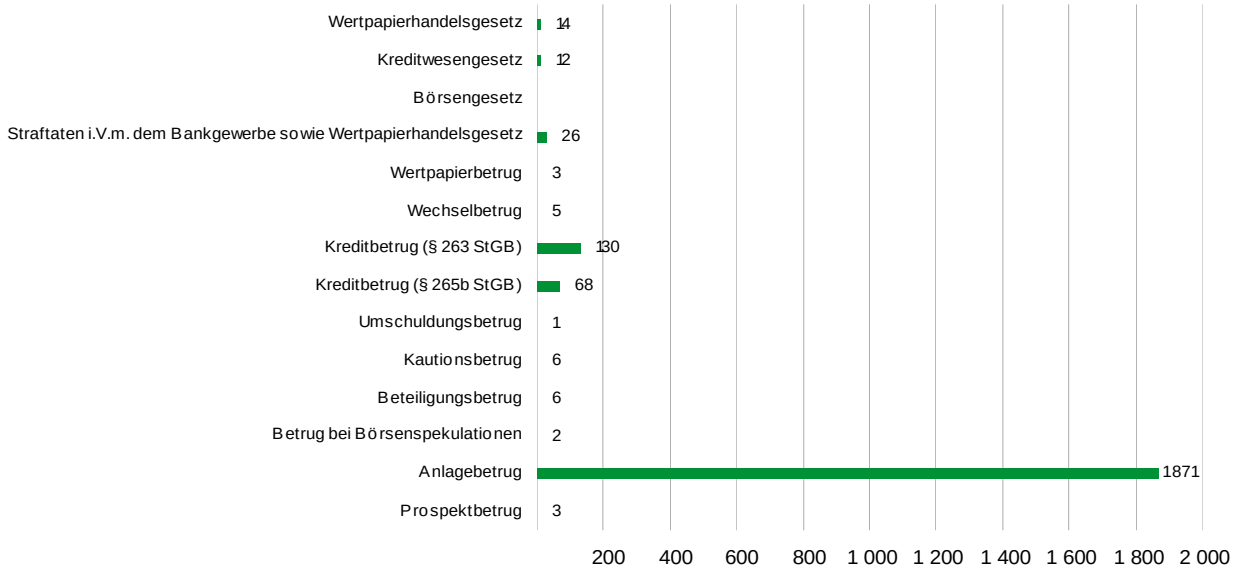
Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich 2001 bis 2010

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)



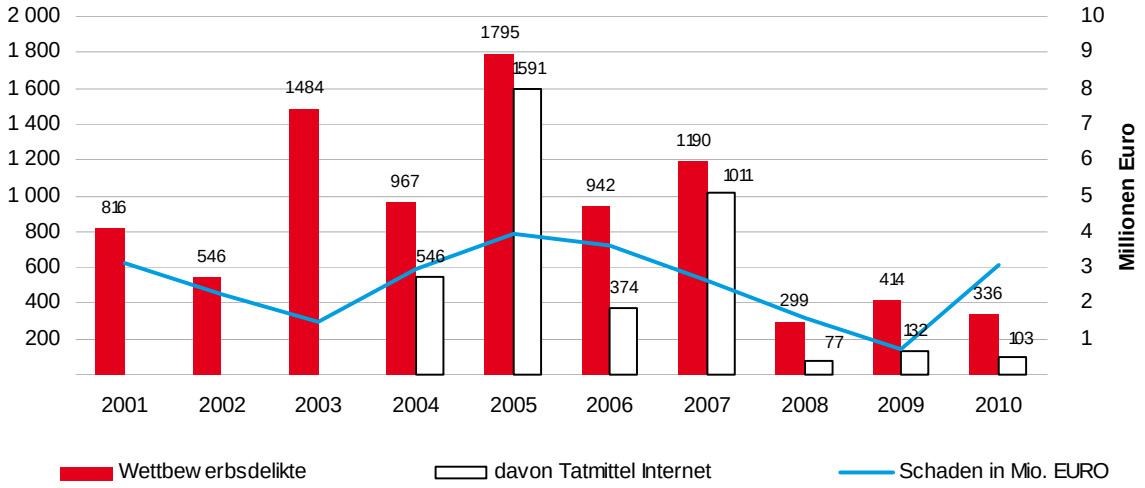
	gemeldete Fälle									
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Wirtschaftskriminalität Anlage- und Finanzbereich	**3 990**	**8 053**	**3 208**	**4 778**	**3 202**	**9 216**	**1 317**	**1 043**	**2 428**	**2 121**
Prospektbetrug	10	6	6	4	2	6	4	1	1	3
Anlagebetrug	3 122	7 202	2 077	3 852	2 499	8 907	968	587	1 965	1 871
Betrug bei Börsenspekulationen	310	32	5	2	2	3	1	1	1	2
Beteiligungsbetrug	64	41	724	245	418	23	19	19	10	6
Kautionsbetrug	16	8	6	13	14	16	11	14	13	6
Umschuldungsbetrug	7	141	7	4	7	2	15	2		1
Kreditbetrug (§ 265b StGB)	178	126	189	128	178	92	126	258	80	68
Kreditbetrug (§ 263 StGB)	93	168	139	520	55	107	148	121	322	130
Wechselbetrug	3	12	4		6	3	2	1	2	5
Wertpapierbetrug	1		4		1		6	3		3
Straftaten i.V.m. dem Bankgewerbe sowie Wertpapierhandelsgesetz	186	317	47	10	20	57	17	36	34	26
Börsengesetz								1		
Kreditwesengesetz								7	20	12
Wertpapierhandelsgesetz								28	14	14
davon Tatmittel Internet				**10**	**7**	**9**	**21**	**3**	**114**	**16**
Schaden in Mio. Euro	**221,62**	**116,47**	**124,91**	**141,90**	**150,59**	**143,25**	**44,65**	**42,57**	**80,85**	**357,08**

Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich in 2010



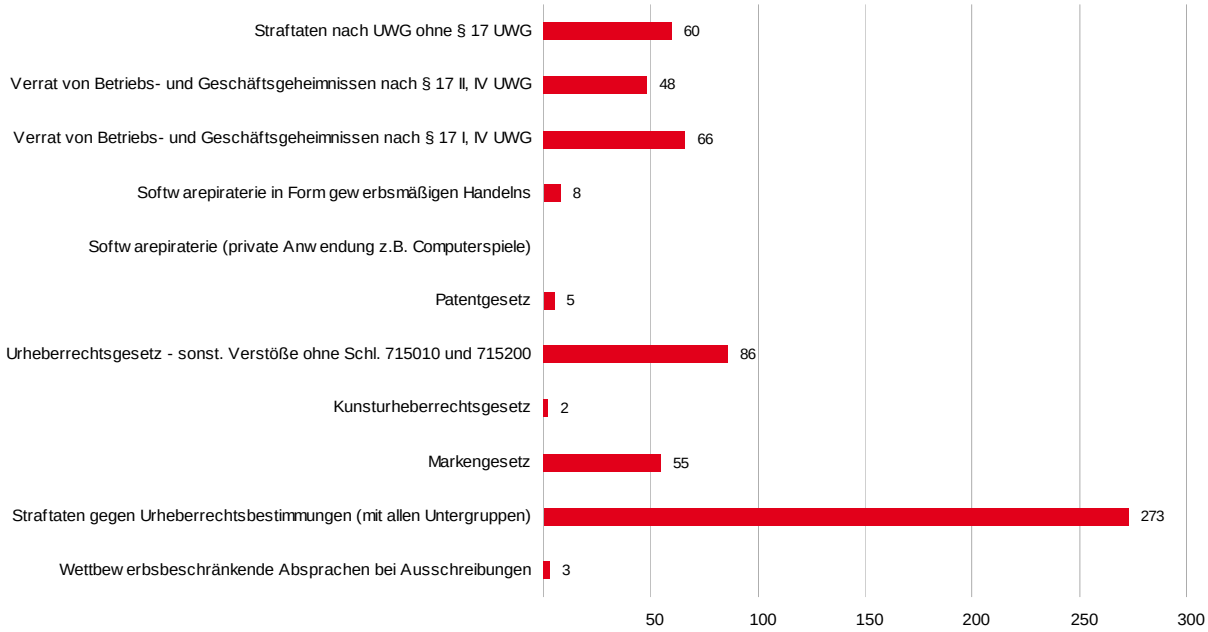
Wettbewerbsdelikte 2001 bis 2010

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)



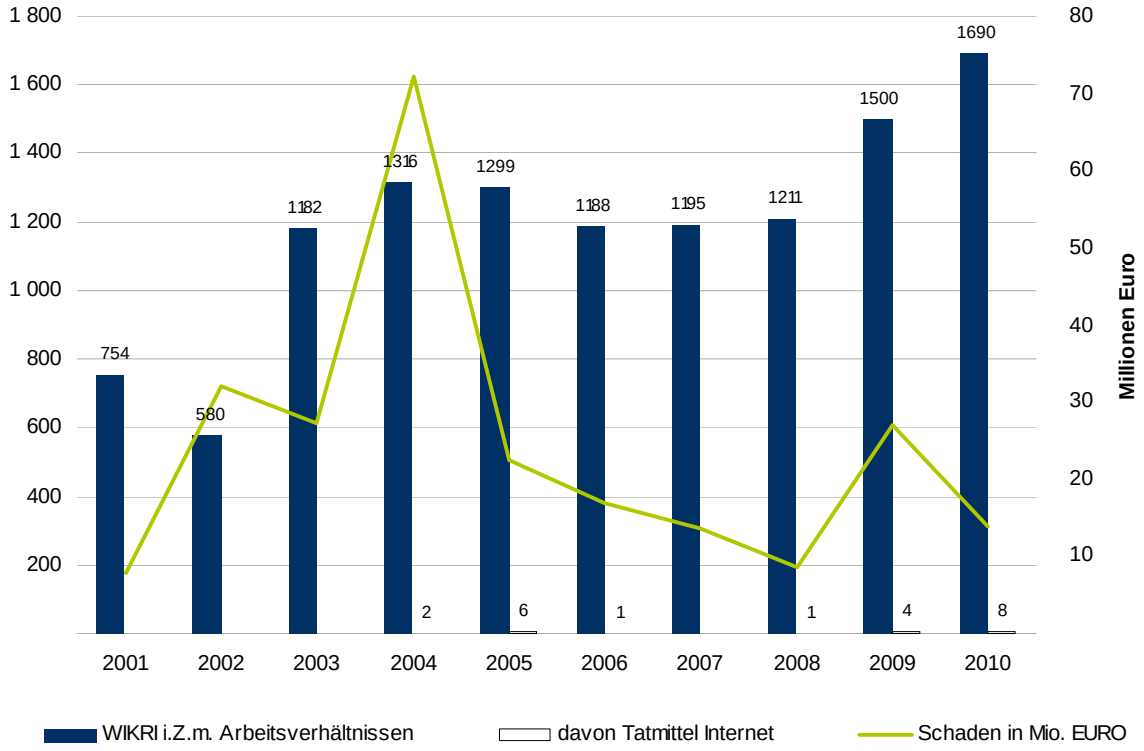
	gemeldete Fälle									
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Wettbewerbsdelikte	**816**	**546**	**1 484**	**967**	**1 795**	**942**	**1 190**	**299**	**414**	**336**
Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	19	116	115	16	19	41	5	9	5	**3**
Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen (mit allen Untergruppen)	683	401	1 342	863	1 745	871	1143	247	294	**273**
Markengesetz								36	74	**55**
Kunsturheberrechtsgesetz								2	6	**2**
Urheberrechtsgesetz - sonst. Verstöße ohne Schl. 715010 und 715200								79	96	**86**
Patentgesetz								2	1	**5**
Softwarepiraterie (private Anwendung z.B. Computerspiele)								3	3	
Softwarepiraterie in Form gewerbsmäßigen Handelns								38	12	**8**
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 I, IV UWG								64	64	**66**
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 II, IV UWG								23	36	**48**
Straftaten nach UWG ohne § 17 UWG	133	29	27	88	31	30	42	43	115	**60**
davon Tatmittel Internet				**546**	**1591**	**374**	**1011**	**77**	**132**	**103**
Schaden in Mio. EURO	**3,14**	**2,23**	**1,48**	**2,95**	**3,92**	**3,58**	**2,65**	**1,59**	**0,72**	**3,04**

Wettbewerbsdelikte in 2010



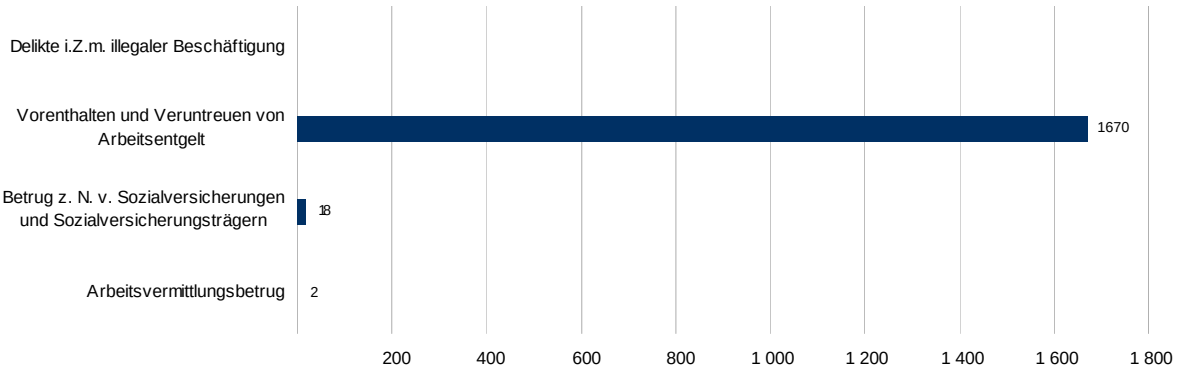
Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen 2001 bis 2010

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)



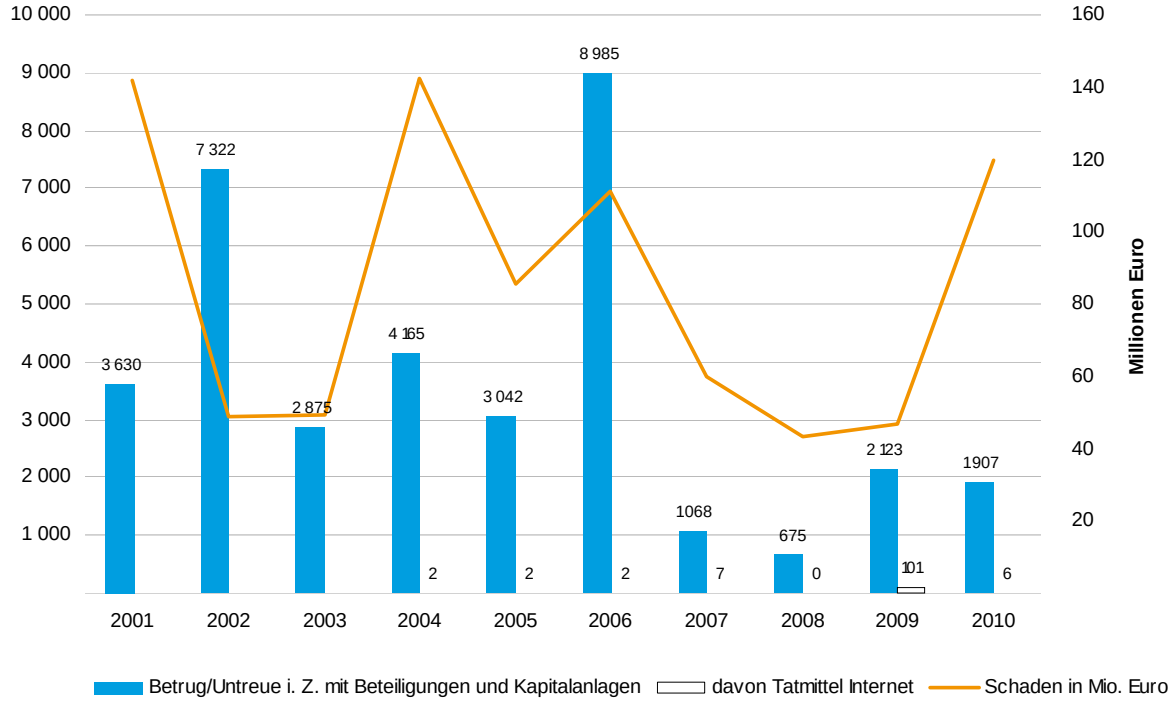
	gemeldete Fälle									
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
WIKRI i.Z.m. Arbeitsverhältnissen	**754**	**580**	**1 182**	**1 316**	**1 299**	**1 188**	**1 195**	**1 211**	**1 500**	**1 690**
Arbeitsvermittlungsbetrug	341		1	1	2	1	2	2	2	2
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	44	112	87	132	22	25	10	9	19	18
Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	288	396	1 027	1 171	1 274	1 162	1181	1200	1 479	1 670
Delikte i.Z.m. illegaler Beschäftigung	81	72	67	12	1		2			
davon Tatmittel Internet				**2**	**6**	**1**		**1**	**4**	**8**
Schaden in Mio. EURO	**7,74**	**32,03**	**27,34**	**72,28**	**22,54**	**16,99**	**13,74**	**8,53**	**27,07**	**13,78**

Wirtschaftskriminalität i. Z. m. Arbeitsverhältnissen in 2010



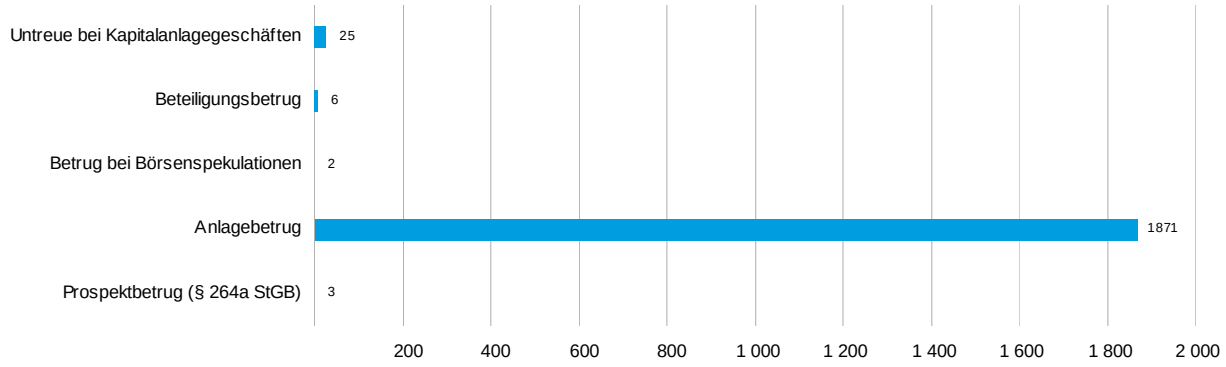
Betrugs- und Untreuedelikte i. Z. m. Beteiligungen und Kapitalanlagen 2001 bis 2010

(Fallzahlen, Schäden und Tatmittel Internet)

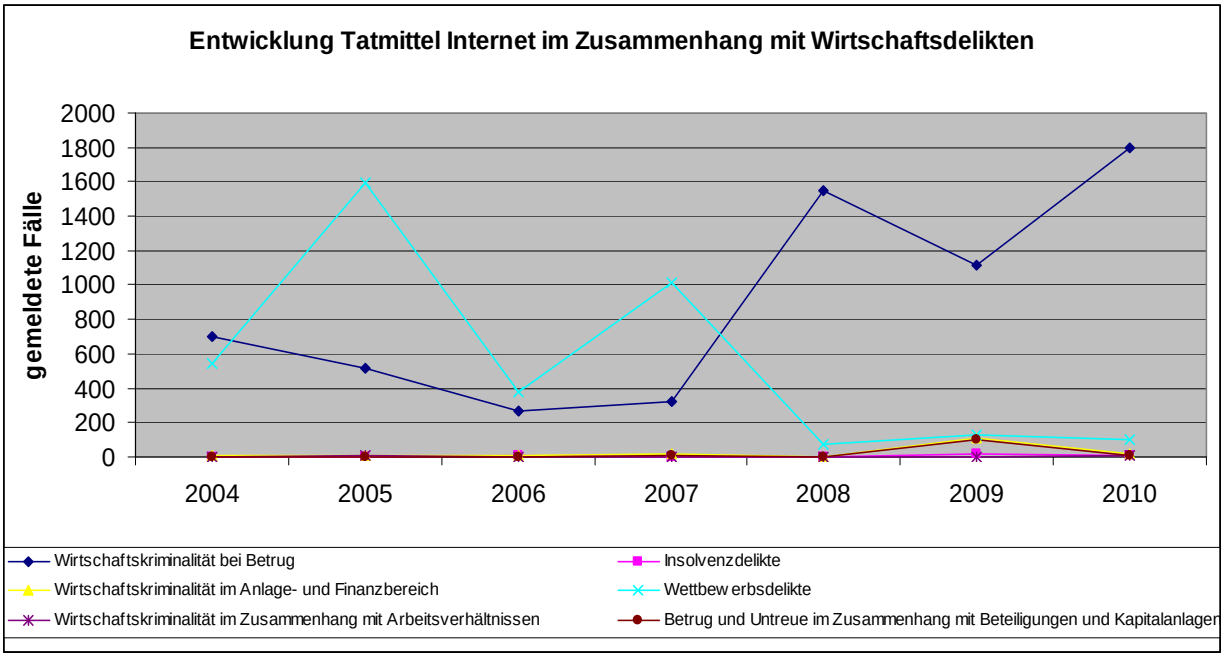


	gemeldete Fälle									
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Betrug/Untreue i. Z. mit Beteiligungen und Kapitalanlagen	**3 630**	**7 322**	**2 875**	**4 165**	**3 042**	**8 985**	**1 068**	**675**	**2 123**	**1 907**
Prospektbetrug (§ 264a StGB)	10	6	6	4	2	6	4	1	1	**3**
Anlagebetrug	3 122	7 202	2 077	3 852	2 499	8 907	968	587	1 965	**1 871**
Betrug bei Börsenspekulationen	310	32	5	2	2	3	1	1	1	**2**
Beteiligungsbetrug	64	41	724	245	418	23	19	19	10	**6**
Untreue bei Kapitalanlagegeschäften	124	41	63	62	121	46	76	67	146	**25**
davon Tatmittel Internet				**2**	**2**	**2**	**7**	**0**	**101**	**6**
Schaden in Mio. Euro	**142,04**	**48,61**	**49,39**	**142,50**	**85,43**	**111,40**	**59,92**	**43,16**	**46,84**	**119,54**

Betrug/Untreue i. Z. m. Beteiligungen und Kapitalanlagen in 2010



Entwicklung Tatmittel Internet im Zusammenhang mit Wirtschaftsdelikten



	PKS-Schlüssel	gemeldete Fälle						
		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Wirtschaftskriminalität bei Betrug	**893100**	**698**	**519**	**263**	**324**	**1545**	**1115**	**1799**
Betrügerische Erlangung von Kfz	511100	**1**	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**
Warenkreditbetrug -sonstiger	511200	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Stoßbetrug	511202	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**3**	**0**
Weitere Arten des Kreditbetruges	511279	**0**	**0**	**0**	**0**	**27**	**201**	**220**
Warenbetrug	511300	**257**	**425**	**116**	**15**	**1374**	**399**	**433**
Grundstücks- und Baubetrug	512000	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Baubetrug	512001	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Grundstücksbetrug	512002	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Prospektbetrug	513100	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**
Anlagebetrug	513200	**1**	**2**	**1**	**6**	**0**	**101**	**6**
Betrug bei Börsenspekulationen	513300	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
Beteiligungsbetrug	513400	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kautionsbetrug	513500	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**3**	**1**
Umschuldungsbetrug	513600	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kreditbetrug § 265b StGB	514100	**1**	**3**	**3**	**14**	**2**	**3**	**5**
Subventionsbetrug - § 264 StGB	514200	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**
Kreditbetrug (§ 263 StGB)	514300	**5**	**3**	**0**	**0**	**1**	**7**	**2**
Wechselbetrug	514400	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Wertpapierbetrug	514500	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Leistungsbetrug	517100	**27**	**1**	**1**	**83**	**56**	**73**	**396**
Leistungskreditbetrug	517200	**0**	**2**	**1**	**11**	**8**	**22**	**43**
Arbeitsvermittlungsbetrug	517300	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**
Betrug z.N.v. Versicherungen und Versicherungsmissbrauch §§ 263, 265 StGB	517400	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Betrug zum Nachteil von Versicherungen	517410	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Computerbetrug § 263a StGB	517500	**80**	**49**	**106**	**79**	**27**	**193**	**452**
Provisionsbetrug	517600	**0**	**1**	**1**	**0**	**0**	**1**	**1**
Sozialversicherungsträgern	517700	**0**	**4**	**0**	**0**	**0**	**2**	**0**
Sonstiger Sozialleistungsbetrug	517800	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**	**2**	**1**
Betrug mit Zugangsberechtigungen zu Kommunikationsdiensten	517900	**38**	**4**	**2**	**1**	**2**	**7**	**8**
Abrechnungsbetrug	518100	**0**	**1**	**1**	**32**	**0**	**0**	**0**
Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen	518110	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**	**2**	**0**
sonstiger Abrechnungsbetrug	518179	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**
Kontoeröffnungs- und Überweisungsbetrug	518300	**1**	**4**	**0**	**8**	**0**	**0**	**0**
Kontoeröffnungsbetrug	518310	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**3**	**5**
Überweisungsbetrug	518320	**0**	**0**	**0**	**0**	**3**	**14**	**10**
Kreditvermittlungsbetrug	518800	**0**	**0**	**0**	**57**	**0**	**2**	**0**
sonstige weitere Betrugsarten	518900	**99**	**13**	**13**	**10**	**15**	**67**	**137**

Entwicklung Tatmittel Internet im Zusammenhang mit Wirtschaftsdelikten

Fortsetzung

	PKS-Schlüssel	gemeldete Fälle						
		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Insolvenzdelikte	**893200**	**0**	**1**	**5**	**1**	**4**	**15**	**9**
Bankrott (§ 283 StGB)	561000	**0**	**1**	**1**	**0**	**2**	**5**	**3**
Besonders schwerer Fall des Bankrotts (§ 283a StGB)	562000	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	563000	**0**	**0**	**3**	**0**	**1**	**0**	**0**
Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)	564000	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	565000	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Insolvenzverschleppung nach GmbHG	712100	**0**	**0**	**1**	**1**	**1**	**5**	**0**
Insolvenzverschleppung nach HGB	712200	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**6**
Insolvenzverschleppung § 130b HGB	712210	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**5**	**0**
Insolvenzverschleppung § 177a HGB	712220	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzbereich	**893300**	**10**	**8**	**9**	**21**	**3**	**114**	**16**
Prospektbetrug	513100	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**
Anlagebetrug	513200	**1**	**2**	**1**	**6**	**0**	**101**	**6**
Betrug bei Börsenspekulationen	513300	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
Beteiligungsbetrug	513400	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kautionsbetrug	513500	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**3**	**1**
Umschuldungsbetrug	513600	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kreditbetrug (§ 265b StGB)	514100	**1**	**3**	**3**	**14**	**2**	**3**	**5**
Kreditbetrug (§ 263 StGB)	514300	**5**	**3**	**0**	**0**	**1**	**7**	**2**
Wechselbetrug	514400	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Wertpapierbetrug	514500	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Straftaten i. V. m. dem Bankgewerbe	714000	**0**	**0**	**3**	**0**	**0**	**0**	**0**
Börsengesetz	714020	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kreditwesengesetz	714040	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**
Wertpapierhandelsgesetz	714060	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**
Wettbewerbsdelikte	**893400**	**546**	**1591**	**374**	**1011**	**77**	**132**	**103**
Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	656000	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen (mit allen Untergruppen)	715000	**78**	**1391**	**239**	**777**	**42**	**79**	**72**
Markengesetz	715010	**0**	**0**	**0**	**0**	**11**	**21**	**29**
Kunsturheberrechtsgesetz	715040	**0**	**0**	**0**	**0**	**2**	**1**	**1**
Urheberrechtsgesetz - sonstige Verstöße ohne Schl. 715010 und 725200)	715050	**0**	**0**	**0**	**0**	**29**	**57**	**42**
Patentgesetz	715060	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Softwarepiraterie (private Anwendung z.B. Computerspiele)	715100	**19**	**65**	**36**	**32**	**1**	**2**	**0**
Softwarepiraterie in Form gewerbsmäßigen Handelns	715200	**440**	**128**	**88**	**179**	**25**	**6**	**1**
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 Abs.1 und 4 UWG	715300	**2**	**4**	**6**	**10**	**3**	**7**	**12**
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 Abs.2 und 4 UWG	715400	**2**	**1**	**0**	**1**	**1**	**3**	**7**
Straftaten nach UWG ohne § 17 UWG	719200	**6**	**6**	**5**	**12**	**5**	**35**	**11**
Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen	**893500**	**2**	**6**	**1**	**0**	**1**	**4**	**8**
Arbeitsvermittlungsbetrug	517300	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	517700	**0**	**4**	**0**	**0**	**0**	**2**	**0**
Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	522000	**2**	**2**	**1**	**0**	**1**	**1**	**8**
Delikte i. Z. m. illegaler Beschäftigung	713000	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen	**893600**	**2**	**2**	**2**	**7**	**0**	**101**	**6**
Prospektbetrug (§ 264a StGB)	513100	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**
Anlagebetrug (§ 263 StGB)	513200	**1**	**2**	**1**	**6**	**0**	**101**	**6**
Betrug bei Börsenspekulationen	513300	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
Beteiligungsbetrug	513400	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Untreue bei Kapitalanlagegeschäften	521100	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

3.2 Datenbasis

Grundlage dieses Lagebildes sind die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen und des kriminalpolizeilichen Nachrichtenaustauschs („Sondermeldedienst Wirtschaftskriminalität“). Die vielfältigen Delikte der Wirtschaftskriminalität werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik in sechs Deliktsbereiche (Summenschlüssel) aufgeteilt. Dabei kommt es zu mehreren gewollten Überschneidungen, da es Delikte gibt, die mehreren Bereichen der Wirtschaftskriminalität zuzuordnen sind (zum Beispiel findet sich der Betrug bei Börsenspekulationen unter den Betrugs-, den Anlage- und Finanzierungsdelikten sowie unter den Betrugs- und Untreuedelikten im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen wieder). Die Summe der Fallzahlen der sechs Deliktsbereiche ergibt daher nicht die Gesamtzahl der Fälle an Wirtschaftskriminalität.

Die Erfassung in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfolgt bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen. Die Entwicklung der polizeilich erfassten Wirtschaftskriminalität hängt in großen Teilen vom Zeitpunkt der Abschlüsse oft mehrjähriger Umfangsverfahren ab und nicht von den tatsächlichen Rahmenbedingungen wie aktuelle Modi Operandi oder wirtschaftliche Entwicklungen. Der „Sondermeldedienst Wirtschaftskriminalität“ dient dem polizeilichen Nachrichtenaustausch bei Wirtschaftsdelikten und schafft die Grundlage für den geregelten Informationsfluss zwischen der polizeilichen Sachbearbeitung und den Zentralstellen der Länder und des Bundes. Eine lückenlose Darstellung der Kriminalitätslage kann aus den Informationen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes nicht gewonnen werden, da nicht jedes Delikt meldepflichtig ist. Einzelverfahren mit einer großen Zahl von Einzelhandlungen, Tätern und Opfern verursachen erheblich statistische Schwankungen, die nicht repräsentativ für die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung sind.

Da für Wirtschaftskriminalität keine Legaldefinition besteht und sie nicht als Straftatbestand bzw. Tatbestandsmerkmal beschrieben ist, orientiert sich ihre Definition an § 74c Abs. 1 Nr. 1-6b Gerichtsverfassungsgesetz. Dabei handelt es sich um den Katalog der für die Wirtschaftsstrafkammern der Landgerichte festgelegten Zuständigkeiten.

Die Gesamtzahl der als Wirtschaftsstraftaten erfassten Fälle wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik unter dem Summenschlüssel 893000 ausgewiesen. Außerdem werden als Wirtschaftsstraftaten definierte Betrugsdelikte durch eine Sonderkennung kenntlich gemacht und die Deliktsfelder Insolvenzstraftaten, Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzbereich, Wettbewerbsdelikte, Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen und Wirtschaftsdelikte im Zusammenhang mit Beteiligungen und Kapitalanlagen dargestellt.

3.3 Definitionen

Wirtschaftskriminalität

Als Wirtschaftskriminalität (Summenschlüssel 893000) sind zu erfassen:

Gesamtheit der in § 74c I Nr. 1-6b GVG genannten Straftaten (Stand 29.12.2004); jedoch ohne Computerbetrug:

1) nach dem Patent-, Gebrauchsmuster-, Halbleiterschutz, Sortenschutz-, Marken-, Geschmacksmuster-, Urheberrechtsgesetz, dem Handelsgesetzbuch, den Gesetzen gegen den unlauteren Wettbewerb, über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung, dem Genossenschafts- und dem Umwandlungs-, dem SE-Ausführungs-, dem Aktiengesetz,
2) nach den Gesetzen über das Bank-, Depot-, Börsen- und Kreditwesen, dem Versicherungsaufsichtsgesetz sowie nach dem Wertpapierhandelsgesetz,
3) nach dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954, dem Außenwirtschaftsgesetz, den Devisenbewirtschaftungsgesetzen sowie dem Finanzmonopol-, Steuer-, und Zollrecht, auch soweit deren Strafvorschriften nach anderen Gesetzen anwendbar sind; dies gilt nicht, wenn dieselbe Handlung eine Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz darstellt und nicht für Steuerstraftaten, welche die Kraftfahrzeugsteuer betreffen,
4) nach dem Weingesetz und dem Lebensmittelrecht,
5) des Subventions-, Kapitalanlage- und Kreditbetruges, des Bankrotts, der Gläubigerbegünstigung und der Schuldnerbegünstigung,
5a) der Wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen sowie der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr,

6a) des Betruges, der Untreue, des Wuchers, der Vorteilsgewährung, der Bestechung und des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt.

6b) nach dem Sozialgesetzbuch III, Arbeitnehmerüberlassungs- sowie Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, wenn zur Beurteilung des Falls besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens erforderlich sind.

Außerdem zählt man Delikte zur Wirtschaftskriminalität, die im Zuge tatsächlicher oder vorgetäuschter wirtschaftlicher Betätigung begangen werden und über eine Schädigung von Einzelnen hinaus das Wirtschaftsleben beeinträchtigen oder die Allgemeinheit schädigen können und/oder deren Aufklärung besondere kaufmännische Kenntnisse erfordert.

Wirtschaftskriminalität bei Betrug (PKS 893100)

Diverse Einzeldelikte, die zusätzlich im Einzelfall mit der Sonderkennung Wirtschaftskriminalität versehen werden, werden in der PKS dieser Deliktsgruppe zugeordnet:

Delikt	**PKS-Schlüsselzahl**
Betrügerisches Erlangen von Kfz	511100
Sonstiger Warenkreditbetrug	511200
Stoßbetrug	511202
Weitere Arten des Warenkreditbetruges	511279
Warenbetrug	511300
Grundstücks-/Baubetrug	512000
Baubetrug	512001
Grundstücksbetrug	512002
Beteiligungs-/Kapitalanlagebetrug	513000
Prospektbetrug § 264a StGB	513100
Anlagebetrug gem. § 263 StGB	513200
Betrug bei Börsenspekulationen	513300
Beteiligungsbetrug	513400
Kautionsbetrug	513500
Umschuldungsbetrug	513600
Geldkreditbetrug	514000
Kreditbetrug § 265b StGB	514100
Subventionsbetrug § 264 StGB	514200
Kreditbetrug § 263 StGB	514300
Wechselbetrug	514400
Wertpapierbetrug	514500
Leistungsbetrug	517100
Leistungskreditbetrug	517200
Arbeitsvermittlungsbetrug	517300
Betrug z. N. v. Versicherungen und Versicherungsmissbrauch §§ 263, 265 StGB	517400
Betrug zum Nachteil von Versicherungen	517410
Versicherungsmissbrauch	517420
Computerbetrug § 263a StGB	517500
Provisionsbetrug	517600
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	517700
(Sonstiger) Sozialleistungsbetrug (wenn nicht zu Schlüssel 517700 zu erfassen)	517800
Betrug mit Zugangsberechtigungen zu Kommunikationsdiensten	517900
Abrechnungsbetrug	518100
Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen	518110
Sonstiger Abrechnungsbetrug	518179
Kontoeröffnungs-/Überweisungsbetrug	518300
Kontoeröffnungsbetrug	518310
Überweisungsbetrug	518320
Kreditvermittlungsbetrug	518800
Sonstige weitere Betrugsarten	518900

Definition Wirtschaftskriminalität im Anlage- und Finanzierungsbereich (PKS 893300)

Delikt	**PKS-Schlüsselzahl**
Beteiligungs- und Kapitalanlagebetrug	513000
Prospektbetrug § 264a StGB	513100
Anlagebetrug gem. § 263 StGB	513200

Betrug bei Börsenspekulationen	513300
Beteiligungsbetrug	513400
Kautionsbetrug	513500
Umschuldungsbetrug	513600
Kreditbetrug § 265b StGB	514100
Kreditbetrug § 263 StGB	514300
Wechselbetrug	514400
Wertpapierbetrug	514500
Straftaten i. V. m. dem Bankgewerbe sowie Wertpapierhandelsgesetz	714000
Bundesbankgesetz	714010
Börsengesetz	714020
Hypothekenbankgesetz	714030
Kreditwesengesetz	714040
Depotgesetz	714050
Wertpapierhandelsgesetz	714060

Prospektbetrug (PKS 513100): Fälle, in denen allein der Tatbestand nach § 264a StGB als erfüllt angesehen wird (abstraktes Gefährdungsdelikt). Unter dem Aspekt des Anlegerschutzes stellt § 264a StGB insbesondere das Aufstellen unrichtiger, unvorteilhafter Angaben und das Verschweigen nachteiliger Tatsachen, z. B. in Prospekten, im Zusammenhang mit dem Angebot und dem Vertrieb von Wertpapieren unter Strafe. Sofern ein Schaden entsteht, kommt nur § 263 StGB (PKS 513200, 513300 oder 513400) in Betracht.

Anlagebetrug (PKS 513200): Der Täter veranlasst die Geschädigten (in der Regel über eine Anlagevermittlungsfirma) mit Versprechen hoher Renditen, hoher Kursgewinne oder anderer attraktiver Gewinnmöglichkeiten zur Hergabe von Anlagegeldern. Er verwendet sie jedoch ganz oder teilweise zweckwidrig oder täuscht anderweitig über wesentliche Merkmale der Geldanlage (z. B. Risiko, Aufschläge, Provisionsanteile).

Betrug bei Börsenspekulationen (PKS 513300): Der Täter veranlasst die Geschädigten (in der Regel über eine Kapitalanlage- oder Vermittlungsfirma) unter Vortäuschung hoher Kursgewinne und dem Verschweigen des Verlustrisikos zur Hergabe und gegebenenfalls zum „Nachschießen“ von Geldern zwecks Anlage in regulären Wertpapier-, Devisen-, Waren- oder Terminbörsen. Das überlassene Geld wurde nicht oder nur teilweise angelegt oder durch unberechtigte, den Täter begünstigende Gebühren aufgezehrt.

Beteiligungsbetrug (PKS 513400): Der Täter nimmt Teilhaber unter arglistiger Vorspiegelung hoher Gewinnausschüttung bzw. einer sonstigen lukrativen Teilhaberschaft gegen Zahlung einer Geschäftseinlage in ein nicht bestehendes, erst zu gründendes oder mit unseriösen Geschäftsmethoden arbeitendes Unternehmen auf.

Kautionsbetrug (PKS 513500): Täter täuscht ein solides Unternehmen oder die Verwirklichung einer gewinnbringenden Idee vor. Die Opfer werden als Vertreter, Angestellte oder Mitarbeiter gewonnen und zur Herausgabe einer „Sicherheit“ (Kaution) veranlasst.

Umschuldungsbetrug (PKS 513600): Alle bestehenden Verbindlichkeiten werden in der Weise abgelöst, dass nur noch eine Verbindlichkeit gegenüber einem Unternehmen besteht. Dieses legt in der Regel einen überhöhten Zinssatz zu Grunde. Die Zinsen werden aus der ursprünglichen Gesamtkreditsumme berechnet und gestaffelt nach Laufzeit wird eine anteilige Auszahlung des Kredites vorgenommen, die meist weniger als 95 % der Kreditsumme umfasst sowie überhöhte Kreditkosten (Vorausgebühren) berechnet.

Wertpapierbetrug (PKS 514500): Beim Wertpapierbetrug werden entweder gefälschte oder verfälschte Wertpapiere verwendet oder echten wertlosen Papieren wird ein bestimmter, nicht zutreffender Wert zugeordnet.

Die Verstöße nach dem Kreditwesengesetz (KWG) und dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sind unter der **PKS 714000** als **Straftaten in Verbindung mit dem Bankgewerbe sowie Wertpapierhandelsgesetz (KWG, BörsenG, DepotG, HypothekenbankG, § 35 BundesbankG)** zusammengefasst.

Definition Insolvenzstraftaten (PKS 893200)

Delikt	**PKS-Schlüsselzahl**
Bankrott § 283 StGB	561000
Besonders schwerer Fall des Bankrotts § 283a StGB	562000
Verletzung der Buchführungspflicht § 283b StGB	563000
Gläubigerbegünstigung § 283c StGB	564000
Schuldnerbegünstigung § 283d StGB	565000
Insolvenzverschleppung § 15a InsO	712200

Bankrott (§ 283 StGB) (PKS 561000): Der Täter verringert in einer krisenhaften Situation (z. B. Täter bzw. Firma ist überschuldet und/oder zahlungsunfähig) die Insolvenzmasse entweder vorsätzlich zum Nachteil seiner Gläubiger oder führt durch übermäßigen persönlichen Aufwand oder unkaufmännisches Verhalten die Insolvenz herbei.

Besonders schwerer Fall des Bankrotts (PKS 562000): Der Täter setzt aus Gewinnsucht (z. B. „Firmenbestatter“) ihm von mehreren Gläubigern anvertraute hohe Vermögenswerte einer konkreten Gefährdung aus und bringt seine Gläubiger dadurch in wirtschaftliche Not.

Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB) (PKS 564000): Der Täter ermöglicht in Kenntnis seiner Zahlungsunfähigkeit einem von mehreren Gläubigern eine ungerechtfertigte Bevorzugung zur Befriedigung seiner Forderung.

Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB) (PKS 565000): Ein Außenstehender entzieht nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder Beantragung des Insolvenzverfahrens Vermögenswerte eines anderen, die zur Insolvenzmasse gehören, zu dessen Gunsten.

Insolvenzverschleppung nach § 15a InsO **(PKS 712200):** Der Täter unterlässt es pflichtwidrig in Kenntnis der drohenden bzw. eingetretenen Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, innerhalb der 3-Wochen-Frist den vorgeschriebenen Insolvenzantrag zu stellen (bis 01.01.2010 wurden hier statistisch noch Gesellschaftsformen nach HGB und GmbHG unterschieden).

Definition Wettbewerbsdelikte (PKS 893400)

Delikt	PKS-Schlüsselzahl
Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen § 298 StGB	656000
Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen	715000
Markengesetz	715010
Geschmacksmustergesetz	715020
Gebrauchsmustergesetz	715030
Kunsturheberrechtsgesetz	715040
Urheberrechtsgesetz - sonstige Verstöße ohne Schl. 715010 und 725200)	715050
Patentgesetz	715060
Halbleiterschutzgesetz	715070
Softwarepiraterie (private Anwendung z.B. Computerspiele)	715100
Softwarepiraterie in Form gewerbsmäßigen Handelns	715200
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 Abs.1 und 4 UWG	715300
Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach § 17 Abs.2 und 4 UWG	715400
Straftaten nach UWG ohne § 17 UWG	719200

Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen (PKS 715000): Straftaten gegen das Urheberrechtsgesetz, § 17 UWG, Gebrauchs-/Geschmacksmuster-, Kunsturheberrechts-, Patent-, Marken- und Halbleiterschutzgesetz sowie Softwarepiraterie (privat und gewerbsmäßig). Nur die gewerbsmäßigen Verstöße gegen Urheberrechtsbestimmungen fallen unter den Sondermeldedienst WIKRI.

Definition Wirtschaftskriminalität im Kontext mit Arbeitsverhältnissen (PKS 893500)

Delikt	PKS-Schlüsselzahl
Arbeitsvermittlungsbetrug	517300
Betrug z. N. v. Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern	517700
Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt § 266a StGB	522000
Delikte i. Z. m. illegaler Beschäftigung	713000
Verleihen nichtdeutscher Arbeitnehmer; § 15 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	713010
Beschäftigung nichtdeutscher Arbeitnehmer ohne Erlaubnis; § 15a AÜG	713020
Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen; § 10 SchwarzArbG	713030
Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel in größerem Umfang; § 11 SchwarzArbG	713040
Erschleichen von Sozialleistungen i. Z. m. der Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen; § 9 SchwarzArbG	713050

Arbeitsvermittlungsbetrug (§ 263 StGB) (PKS 517300): Der Täter täuscht die Vermittlung von Arbeitsplätzen oder sonstigen Verdienstmöglichkeiten mit dem Ziel vor, Vorschüsse oder Gebühren zu erlangen.

Beitragsbetrug z. N. v. Sozialversicherungen/-strägern i. Z. m. ausländischen Arbeitnehmern (§ 263 StGB) (PKS 517700): Der Täter führt unter Verschweigen der tatsächlichen Voraussetzungen für die Abführungspflicht Beiträge an Sozialversicherungsträger ganz bzw. teilweise nicht ab. Bei der statistischen Erfassung wird allerdings nicht nach Opfergruppen (deutsche oder nichtdeutsche Arbeitnehmer) unterschieden.

Vorenthalten/Veruntreuen von Arbeitsentgelten i. Z. m. ausländischen Arbeitnehmern (PKS 522000)

1. Der Arbeitgeber enthält der Einzugsstelle Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung vor, unabhängig davon, ob Arbeitsentgelt gezahlt wird oder

2. ein Mitglied einer Ersatzkasse enthält der Einzugsstelle Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung, die es von seinem Arbeitgeber erhalten hat, vor.

Bei der statistischen Erfassung wird ebenfalls nicht nach Opfergruppen unterschieden.

Delikte i. Z. m. illegaler Beschäftigung (PKS 713000): Illegale Ausländerbeschäftigung gem. § 11 SchwarzArbG, bei der Täter zur gleichen Zeit mehr als fünf Ausländer ohne Erlaubnis (entgegen den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes oder Sozialgesetzbuch III) beschäftigen. Ebenso wird die Arbeitnehmerüberlassung nach §§ 15 und 15a Abs. 2 AÜG erfasst, bei der Täter ausländische Arbeitnehmer, die keine Arbeitserlaubnis besitzen, gewerbsmäßig und ohne die erforderliche Erlaubnis an Dritte verleihen.

Definition Betrug und Untreue i. Z. m. Beteiligungen/Kapitalanlagen (PKS 893600)

Delikt	**PKS-Schlüsselzahl**
Prospektbetrug (§ 264a StGB)	513100
Anlagebetrug (§ 263 StGB)	513200
Betrug bei Börsenspekulationen	513300
Beteiligungsbetrug	513400
Untreue bei Kapitalanlagegeschäften	521100

Untreue bei Kapitalanlagegeschäften (PKS 521100): Täter setzt für Anlagegeschäfte (z. B. Immobilienkauf, Vermögensverwaltung, Wertpapieranlagen/-beteiligungen) treuhändisch übergebene Gelder zweckwidrig ein und fügt Anlegern dadurch einen Vermögensnachteil zu.

3.4 Ansprechpartner/Ergänzende Hinweise

Ansprechpartner rund um den Nachrichtenaustausch und den kriminalpolizeilichen Meldedienst zur Wirtschaftskriminalität ist das Sachgebiet 12.1 im Landeskriminalamt NRW (Erreichbarkeit siehe Impressum).
Das Dezernat 12 im Landeskriminalamt NRW bearbeitet Delikte der Wirtschafts- und Computerkriminalität und steht den Kreispolizeibehörden für spezielle Fragen bei Ermittlungen zur Verfügung.
Als Informationsmedium für Sachbearbeiter der Wirtschaftskriminalität wird die seit Januar 2011 neu erstellte Seite des Intranets der Polizei zur Verfügung gestellt und regelmäßig aktualisiert. Die Seite für Wirtschaftskriminalität ist über folgenden Link erreichbar http://intrapol.polizei.nrw.de/Kriminalitaet/Delikte/Wikri/.

Impressum

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein Westfalen
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Dezernat 12 – Wirtschafts- und Computerkriminalität
Sachgebiet 12.1
Grundsatzfragen und Koordination Wirtschaftskriminalität

Redaktion: KK André Schneider
Tel.: (0211) 939-1271 oder Polizeinetz 07 - 224 - 1271
Fax: (0211) 939-1009 oder Polizeinetz 07 - 224 - 1009
33-SG121Grundsatz.LKA@polizei.nrw.de

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Tel.: (0211) 939-0
Fax: (0211) 939-4119

landeskriminalamt@polizei.nrw.de
www.lka.nrw.de